Oktober/November 2026
Das VPOD-Magazin erscheint 8-mal pro Jahr

Die Gewerkschaft

Schweizerischer Verband des Personals öffentlicher Dienste

VPOD

29.11.:
Nein zur AHV-Finanzierung

USA am Scheideweg

L. A. Learnings: Als Gewerkschaftspraktikantin unterwegs in Los Angeles

«Wirklich sehr finster»: Die US-Regierungsbeamtengewerkschaft vor den Midterms

Abstimmung vom 29. November

NEIN

zur Erhöhung der Mehrwertsteuer

Keine unsoziale Steuer-erhöhung für die AHV !

Verband des Personals öffentlicher Dienste vpod ssp

www.vpod.ch/campa/neinmehrwertsteuer/

Themen des Monats

5 **Kaufkraftverlust zumindest begrenzen**
Der VPOD sagt Nein zur Erhöhung der Mehrwertsteuer

6–7 **Die Legende vom blauen Montag**
Gefälligkeitszeugnisse sind nicht der Hauptgrund für die Zunahme der Absenzen

8–9 **Bilaterale statt Ausgrenzung**
Vasco Pedrina und Daniel Lampart über Europapolitik – und die Doktorarbeit der Generalsekretärin

10 **«Wie sonst im Kriegsgebiet»**
Was die Berliner Feuerwehr zu Feuerwerksverboten sagt

11 **Kitas aus der Krise kriegen**
In der Stadt Zürich wollen Pionierinnen den ersten Kita-GAV der Deutschschweiz

13–20 **Die USA am Scheideweg**
L. A. Learnings: Als Gewerkschaftspraktikantin in migrantisch geprägten Milieus in Los Angeles
«Derzeit wirklich sehr finster»: Interview mit Jacqueline Simon von der US-Gewerkschaft AFGE
«Wider Willen ein wertvoller Schrittmacher»: Eine VPOD-Broschüre über den Marshall-Plan im heutigen Licht

Rubriken

4 **Gewerkschaftsnachrichten**

12 **Aus den Regionen und Sektionen**

21 **Antonia W. Fleischmann:** Eine wahre Legende

22 **Wirtschaftslektion:** Zur Rolle der Mehrwertsteuer

23 **Wettbewerb:** Bebrillte

24 **VPOD aktuell**

25 **Hier half der VPOD:** Über sieben Brücken musst du geh'n

26 **Solidar Suisse:** Wo das Klima die Existenz bedroht

27 **Menschen im VPOD:** Pia Schell, Dolmetscherin, Zürich

Redaktion/Administration:
Postfach, 8036 Zürich
Telefon 044 266 52 52
Nr. 7, Oktober/November 2026
E-Mail: redaktion@vpod-ssp.ch | www.vpod.ch
Erscheint 8-mal pro Jahr

Christoph Schlatter
ist Redaktor des VPOD-Magazins

Webfehler

Die Unabhängigkeitserklärung der USA ist ein Manifest der Freiheit. Erstmals wird 1776 in einem offiziellen Dokument deklariert, «dass alle Menschen gleich erschaffen» und «dass sie von ihrem Schöpfer mit gewissen unveräusserlichen Rechten begabt worden» sind. Dass Amerika eine indigene Bevölkerung besass, deren Rechte von den europäischen Siedlern aufs brutalste missachtet wurden, bleibt ungesagt. Auch der andere grosse Konflikt ist dem Gründungsdokument der USA eingeschrieben: durch Nichterwähnung. Die Sklaverei sei ein «grausamer Krieg gegen die menschliche Natur selbst», hiess es noch im Entwurf. In der Endfassung kommt der Satz nicht mehr vor. Thomas Jefferson und die Seinen hatten der Streichung zugestimmt, um die Südstaaten mit ins Unabhängigkeitsboot zu bekommen. Unter dem Label der Menschenrechte opferte man das Menschenrecht der Versklavten.

Ebenso perfid ist der Kompromiss, den man 1787 für die Verfassung einging. Unbestritten war, dass die Einwohnerzahl der Bundesstaaten den Massstab für deren Vertretung in der grossen Parlamentskammer bilden sollte. Um ihren Einfluss zu vergrössern, verlangten die Südstaaten, dass auch jene zur Bevölkerung gezählt würden, denen sie menschlichen Status aberkannten. Die Nordstaaten stemmten sich dagegen. Im Niemandsland dazwischen einigte man sich: darauf, dass fünf rechtlose Sklaven für die Sitzzuteilung im Repräsentantenhaus so viel gälten wie drei freie Weisse.

Die Schweiz hält es ähnlich. Für die Ermittlung der Nationalratsmandate je Kanton wird die *ganze* Wohnbevölkerung herangezogen, auch jene, die keine politischen Rechte haben. Das betrifft die Kinder und betraf vor 1971 auch die Frauen. Weiterhin von der Urne ferngehalten werden die Erwachsenen ohne roten Pass. Die Schweizer Demokratie ist wie ihr Vorbild, die amerikanische, unvollständig. Einiges wurde korrigiert: Zögerlich wurde hier die jüdische, dort die schwarze, die indigene und die grundbesitzlose Bevölkerung beteiligt. Immerhin schon 1920 erlangten die US-Frauen das Wahlrecht.

Beidseits des Atlantiks erweisen sich heute auch Vorkehrungen, die einst mit hehrer Absicht getroffen wurden, als Webfehler der Demokratie. Der Senat (in den USA) und der Ständerat und das Ständemehr (hier) geben ländlich-konservativen Gebieten überproportionale Macht. Eine Urnerin hat heute das 36-fache Stimmgewicht einer Zürcherin. Das Grössenverhältnis von Wyoming zu Kalifornien beträgt 1 zu 67. Tyrannei der Mehrheit sollte verhindert werden. Mit dem Resultat, dass sich heute immer öfter Minderheiten durchsetzen – auch bei den Bilateralen III?

Phishing: Pensionskassen mahnen nach Cyberattacke zu erhöhter Vorsicht.

Dumping: Gewerkschaften wehren sich für demokratische Mindestlöhne.

Cyberattacke auf Pensionskassen: Rente ist sicher

Mehrere grosse Pensionskassen – darunter die Publica und die Pensionskasse der Stadt Zürich – sind Opfer von Cyberattacken geworden. Bei einem Softwarepartner wurden möglicherweise Daten von Versicherten gestohlen, worunter eventuell auch Angaben zu Wohnadresse, Vorsorgeguthaben, Lebensgefährten, E-Mail und Iban. Es ist nicht sicher, aber denkbar, dass diese Daten in die Hände Krimineller gelangen, die sie für Phishing-Angriffe missbrauchen könnten. Die betroffenen Pensionskassen stellen klar, dass Vorsorgeguthaben und Renten sicher sind. Sie raten aber zu gesteigerter Vorsicht «bei ungewöhnlichen E-Mails, Anrufen oder Nachrichten». Auf keinen Fall Passwörter und Zugangsdaten weitergeben, nicht auf gschpässige Links klicken! | *slt* *(Foto: tadamichi/iStock)*

Krankenkassen: Zeit für Prämienstopp

Erneut werden die Krankenkassenprämien in der Grundversicherung stark – um durchschnittlich 5 Prozent – ansteigen. Der SGB verlangt schnelle Linderung: «Denn es ist heute zwar ein Bundesgesetz, aber kein Naturgesetz, dass die steigenden Kosten jeweils fast ausschliesslich durch die Prämienzahlenden finanziert werden müssen.» Auch Steuerbeiträge müssten herangezogen werden. Zudem stünden auch die Kantone in der Pflicht; sie müssen den Gegenvorschlag zur Prämienentlastungsinitiative konsequent umsetzen. | *sgb*

Gegen Lohnangriff, für Demokratie

Mehr als 100 000 Unterschriften – nötig sind 50 000 – haben Gewerkschaften und Parteien, allen voran der SGB, eingereicht: Es geht gegen den Beschluss des Parlaments vom Sommer, wonach kantonale und kommunale Mindestlöhne künftig von Branchen-GAV übersteuert würden. «Dadurch würden die Kantone ihrer verfassungsmässigen Kompetenz beraubt», schreibt das Bündnis. Betroffen wären vor allem Tieflohnbranchen wie Gast-, Coiffeur- und Reinigungsgewerbe. Bald kann sich das Stimmvolk äussern. Die Stimmbevölkerung der Stadt Luzern hat schon einmal ein Zeichen gesetzt: Sie will nichts wissen von einer Aufhebung der städtischen Lohnuntergrenze. | *sgb/unia/slt* *(Foto: Manu Friederich/SGB)*

Gute Zinsempfehlung der BVG-Kommission

Der SGB lobt die BVG-Kommission dafür, dass sie dem Bundesrat eine Erhöhung des Mindestzinses auf 1,75 Prozent empfiehlt. Der Mindestzins soll garantieren, dass man von der Rente anständig leben kann. In den letzten Jahren lag er allerdings unter der Lohn- und Preisentwicklung. Ausserdem soll er die Erträge eines angemessenen Anlageportfolios abbilden. Auch das hat zuletzt nicht funktioniert. Die Kassen erzielten zwar sehr hohe Renditen, doch Lebensversicherer und Arbeitgeber hielten den Mindestzins tief. Der SGB begrüsst daher den Zinsschritt um 0,5 Prozentpunkte. Nachholbedarf besteht trotzdem noch. | *sgb/slt*

Pflegeberufe-Dachverband gescheitert

Der Versuch des Schweizer Berufsverbands der Pflegefachfrauen und Pflegefachmänner (SBK), einen Dachverband über alle Pflegeberufe hinweg aufzubauen, ist gescheitert: *Alliance Care* hat sich aufgelöst und den Konkurs angemeldet; Geschäftsleiterin Yvonne Ribi stellt auch ihren Job beim SBK zur Verfügung. Die Weiterexistenz dieses ursprünglichen (ständischen) Berufsverbands ist nun ebenfalls unsicher. Der VPOD organisiert weiterhin alle Beschäftigten des Gesundheitswesens unabhängig vom Ausbildungsniveau. | *slt*

Bilaterale III: 14 Massnahmen bleiben

Dass der Ständerat bei den Bilateralen III seine Kommission korrigiert und den sozialpartnerschaftlichen Vorschlag wiederhergestellt hat, freut den SGB. Die 14 Massnahmen sichern den Lohnschutz ab, wenn die Schweiz mit den Bilateralen III EU-Recht übernimmt. Den Beschluss für ein Ständemehr erachtet der SGB als falsch. Die demokratische Legitimation der Entscheidung würde damit nicht gestärkt, sondern geschwächt. | *slt*

AHV-Finanzierung: Der VPOD sagt Nein zur Erhöhung der Mehrwertsteuer für die 13. AHV

Kaufkraftverlust zumindest begrenzen

Die Delegiertenversammlung des VPOD hat im September (entgegen dem SGB) die Nein-Parole für die Volksabstimmung vom 29. November ausgegeben. Mit 22 zu 6 Stimmen obsiegte die Warnung vor einer unsozialen Steuer und einem Kaufkraftverlust. Lohnprozente wären besser. | **Text:** *VPOD (Foto: Juleta Martirosyan/iStock)*

Drei Argumente stehen für das VPOD-Nein im Vordergrund. Erstens gibt es kurzfristig keinen Grund für eine zusätzliche Finanzierung der 13. AHV-Rente. Denn die erste Säule steht sehr gut da. Sie erzielte 2024 einen Gewinn von 5,6 Milliarden Franken und 2025 von 4,4 Milliarden Franken. Allein in diesen zwei Jahren übersteigen ihre Gewinne die Einnahmen aus der geplanten Mehrwertsteuererhöhung (1,5 Milliarden Franken im Jahr) um ein Vielfaches. Zudem verfügt die AHV über ein Rekordvermögen von 60,4 Milliarden Franken – 113 Prozent ihrer jährlichen Ausgaben. «Damit lässt sich in die Zukunft blicken», sagt Christian Dandrès, VPOD-Präsident.

Für die 13. AHV braucht es eine kaufkraftschonendere Finanzierung.

180 Franken im Jahr

Zweitens ist die Mehrwertsteuer, wie Agostino Soldini, VPOD-Zentralsekretär in Lausanne, ausführt, «eine unsoziale Steuer». Alle Studien bestätigen ihren regressiven Charakter. Die Erhöhung dieser Steuer würde für einen durchschnittlichen Haushalt eine zusätzliche Belastung von 180 Franken pro Jahr bedeuten. Sie würde die Inflation weiter anheizen, obwohl der Landesindex bereits im August dieses Jahres 1,5 Prozent höher lag als Ende des letzten. Der neuerliche Anstieg der Krankenkassenprämien vervollständigt das Bild. Es zeigt: Kaufkraftverlust. Die Ablehnung der Mehrwertsteuererhöhung bedeute «zumindest, diese Auswirkungen zu begrenzen», so Christian Dandrès.

Drittens kann es überhaupt nicht sein, dass die Politik nur bei der Mehrwertsteuer nach Geld sucht. Es handelte sich bereits um die zweite Erhöhung in vier Jahren. Statt nachhaltige Lösungen zu finden, wälzt man die Finanzierung wieder auf jene ab, die ohnehin jeden Franken zweimal umdrehen müssen. Der VPOD fordert für komplexe Themen echte Verbesserungsvorschläge statt billiger Antworten.

Lohnprozente sind besser

Es geht ihm zudem um gewerkschaftliche Glaubwürdigkeit. Die Kampagne für die 13. AHV wurde seinerzeit mit der Aussage geführt, dass kurzfristig kein zusätzliches Geld benötigt wird. Mittelfristig haben sich die Gewerkschaften seit je für eine Erhöhung der Lohnbeiträge ausgesprochen. Dabei soll es bleiben. Für Agostino Soldini gilt: «Wir können unsere Positionen nicht verleugnen und heute das unterstützen, was wir bis gestern bekämpft haben.»

VPOD-Generalsekretärin Rebekka Wyler betont derweil, dass man sich den Entscheid nicht leicht gemacht habe. «Unsere Delegierten haben die Vor- und Nachteile der Vorlage, über die abgestimmt wird, ausführlich diskutiert und abgewogen.» Mit 22 zu 6 Stimmen war das Ergebnis dann deutlich.

Am 29. November stimmen wir über die Finanzierung einer der wichtigsten Errungenschaften der jüngeren Schweizer Geschichte ab. Für die 13. AHV-Rente liegt jedoch ein Vorschlag auf dem Tisch, dem wir nicht zustimmen können. Die Mehrkosten sollen durch eine Erhöhung der Mehrwertsteuer finanziert werden. Das bedeutet: höhere Steuern auf zahlreichen Gütern. Und das in einer Zeit, in der die Teuerung für alle bereits deutlich spürbar ist. Das sollten wir nicht zulassen.

Christian Dandrès, VPOD-Präsident

Der Bericht des Bundesrates klammert die arbeitnehmerseitigen Einbussen bei gesundheitsbedingten Absenzen aus

Die Legende vom blauen Montag

Der neue Bericht des Bundesrates zeigt: Gesundheitsbedingte Absenzen haben stark zugenommen und verursachen Milliardenkosten. Der SGB sieht nur *ein* Rezept zur Trendumkehr: einen besseren Gesundheitsschutz.

Text: *SGB und VPOD (Foto: Alexander Medvedev/iStock)*

2024 beliefen sich die gesundheitsbedingten Absenzen in der Schweizer Wirtschaft auf 407 Millionen Stunden. Das sind über ein Drittel mehr als 2010. Der Bundesrat beziffert die Kosten des bezahlten Krankheitsurlaubs für 2022 auf 12,7 Milliarden Franken. Rund 62 Prozent davon trugen die Arbeitgeber. Was im Bericht fehlt, sind die Kosten der Arbeitnehmenden. Diese sind substanziell: Die Kosten der gesundheitsbedingten Absenzen für die Arbeitnehmenden beliefen sich 2022 auf schätzungsweise 4,2 Milliarden Franken, pro Kopf also rund 1100 Franken. Ein grosser Teil davon wird von den Arbeitnehmenden über Versicherungsprämien getragen. Hinzu kommen individuelle Lohneinbussen. Diese finanziellen Kosten kommen zu den gesundheitlichen Folgen von Krankheit und Unfall hinzu.

Auch Präsentismus schadet

Beim Bundesamt für Statistik hat man noch detaillierten Einblick in die Abwesenheitsgründe. Für 2024 etwa haben 272 der 407 Millionen ausgefallenen Stunden – also die grosse Mehrheit – tatsächlich Krankheit oder Unfall als Ursache. Weitere 30 Millionen Stunden sind dem Mutterschaftsurlaub geschuldet, 14 der Dienstleistung im Militär, beim Zivilschutz und beim Zivildienst. Immerhin 85 Millionen Stunden fallen Arbeitskonflikten, persönlichen und familiären Gründen sowie schlechtem Wetter zum Opfer. In Prozenten beziffert: 2024 machte der gesundheitsbedingte Ausfall 3,8 Prozent aus, wozu die Frauen (Quote: 4,2 Prozent) proportional etwas mehr beitragen als die Männer (3,6 Prozent). Der Mutterschaftsurlaub ist darin nicht eingeschlossen, sehr wohl aber jene schwangerschaftsbedingten Beschwerden, die unterm Label «Krankheit» abgehandelt werden.

Interessanter ist allerdings die Aufteilung nach Altersgruppen und nach Berufen. Die Jüngsten (15 bis 24) und die Ältesten (55 bis 64) bleiben am häufigsten aus Gesundheitsgründen der Arbeit fern. Die geringste Absenzenquote weisen intellektuelle und wissenschaftliche Berufe auf, die höchste findet man bei den Hilfsarbeiterinnen und Hilfsarbeitern. Auch die Betrachtung nach Branchen zeigt: Es sind die körperlich anstrengenden Berufe, die die längsten Fehlzeiten haben. Entweder, weil man dort eher krank wird oder häufiger verunfallt. Oder weil man sich nicht, was im Büro vielleicht möglich ist, halbkrank noch zur Arbeit schleppt. Durch Letzteres – durch sogenannten Präsentismus – gehen übrigens gemäss Gesundheitsförderung Schweiz mehr Arbeitsstunden verloren als durch Absenzen.

Krankheitsbedingte Absenzen haben stark zugenommen. Dieser Mann ist aber vielleicht wirklich ein Simulant, weil er sich fürs Foto krankstellt.

Der Bundesratsbericht zeigt gleichzeitig, wo angesetzt werden muss. Die Antwort auf zunehmende Absenzen muss ein wirksamerer Gesundheitsschutz sein, gerade in den körperlich strengen Jobs. Der SGB fordert die Arbeitgeber auf, ihrer Verantwortung stärker nachzukommen. Nötig sind ausreichend Personal, verlässliche Dienstpläne, die konsequente Einhaltung von Arbeits- und Ruhezeiten sowie wirksame Massnahmen gegen übermässigen Zeit- und Leistungsdruck. Auch psychosoziale und organisatorische Gesundheitsrisiken müssen systematisch erfasst und gemeinsam mit den Arbeitnehmenden bekämpft werden.

Stärkung der Prävention

Zugleich nimmt der SGB auch den Staat in die Pflicht. Er fordert eine deutliche Stärkung von Vollzug und Prävention. Gleichzeitig müssen die Angriffe auf den Arbeitnehmerschutz gestoppt werden. Wer steigende Absenzen beklagt, kann nicht gleichzeitig die Sonntagsarbeit ausweiten und Arbeitstage auf bis zu 17 Stunden ausweiten.

Völlig verkehrt: Rütteln am Arztgeheimnis

Total verkehrte Schlüsse hat der Nationalrat aus der Tatsache zunehmender gesundheitsbedingter Abwesenheiten getroffen. Er hat einer Motion zugestimmt, nach der das Heil vor allem in der Bekämpfung angeblicher Gefälligkeitszeugnisse liegt. Der Ständerat muss korrigieren. | Text: *Christoph Schlatter (Foto: Keystone)*

«Der Bundesrat wird beauftragt, alle geeigneten Massnahmen zu ergreifen, um die mit ärztlichen Gefälligkeitszeugnissen verbundene Betrugspraxis, aber auch fahrlässig erstellte, unrichtige, mangelhafte Arztzeugnisse wirksam zu bekämpfen, mit dem Ziel, ungerechtfertigte Belastungen für Arbeitgeber und Sozialversicherungen zu reduzieren sowie eine rasche Wiedereingliederung in den Arbeitsprozess voranzutreiben.» So steht es in der Motion aus der Küche der nationalrätlichen Kommission für Gesundheit und Soziales. Es ist ein Frontalangriff nicht nur auf die Arbeitnehmenden, sondern auch auf die gesamte Ärzteschaft. Und man wundert sich, dass diese sich nicht deutlicher gegen derartige Unterstellungen zur Wehr setzt: Bei ihr gibt's offenbar eine verbreitete Betrugspraxis, ausserdem flächendeckende Fahrlässigkeit zum Schaden der Volkswirtschaft.

Nicht herumdoktern!

Die Motionärinnen sehen als Gegenmittel eine Lockerung der ärztlichen Schweigepflicht. Zwar soll der Arbeitgeber nicht direkt die Diagnose oder die Krankengeschichte erfahren, aber die Ärzteschaft soll verpflichtet werden, «auf Anfrage Angaben zu den konkreten gesundheitlichen Einschränkungen zu machen». Das diene der Sicherheit am Arbeitsplatz, der beruflichen Wiedereingliederung und der Entlastung der Sozialversicherungen.

Zwar wehrte sich der Bundesrat: Die Arbeitgeber könnten bereits heute Massnahmen ergreifen, um gegen falsche Arztzeugnisse vorzugehen, egal ob diese aus Gefälligkeit – was einem Betrugsdelikt entspräche – oder aus Fahrlässigkeit entstanden seien. Eine Möglichkeit sei die Anordnung eines zusätzlichen Zeugnisses durch eine Vertrauensärztin. Den vorsätzlich falsch zeugenden Ärzten drohen ja, wie den bescheissenden Beschäftigten auch, strafrechtliche Konsequenzen. Das reiche aus; man müsse nicht am Strafgesetzbuch herumdoktern. Erst recht, da gemäss Strafurteilsstatistik zwischen 1984 und 2024 lediglich 68 Verurteilungen gegen Erwachsene in Anwendung des fraglichen Artikels 318 StGB («falsches ärztliches Zeugnis») ergangen sind, also nicht einmal 2 pro Jahr.

Auch gegen eine Lockerung der Schweigepflicht wehrte sich der Bundesrat: «Sozialversicherungsrechtlich sind die Versicherten bereits heute verpflichtet, alle betroffenen Personen und Stellen, namentlich Ärztinnen und Ärzte, zu ermächtigen, die notwendigen Auskünfte und Unterlagen zu erteilen, die für die Abklärung des Leistungsanspruchs erforderlich sind.» Die Waadtländer Nationalrätin Léonore Porchet (Grüne) wies zu Recht darauf hin, dass die Absenzen mit den Belastungen des Berufs korrelieren. Zudem betreffe ein Teil der Krankschreibungen Schwangere – Folge des fehlenden vorgeburtlichen Mutterschaftsurlaubs. Die Schwächung der ärztlichen Schweigepflicht sei eine «sehr schlechte Antwort»: «Wenn das Vertrauen geschwächt ist, besteht die Gefahr, dass Patienten wichtige Informationen verschweigen, Diagnosen schwieriger werden, Behandlungen an Wirksamkeit verlieren und schlussendlich das gesamte Gesundheitswesen darunter leidet.» Trotz der Qualifizierung des Antrags als «sinnlos, gefährlich und heuchlerisch» folgte der Rat der Kommissionsmehrheit überdeutlich, mit 123 zu 60 Stimmen.

Sofortzeugnis schadet nur

Einen Gegenakzent hat VPOD-Präsident und SP-Nationalrat Christian Dandrès mit einer (noch nicht behandelten) Motion gesetzt, die die Zeugnispflicht in einen Zusammenhang mit der mangelnden Allgemeinmedizinversorgung stellt. Die in manchen Reglementen eingeschriebene Praxis, schon für den ersten Tag der Abwesenheit ein Zeugnis zu verlangen, verursache unnötige Kosten zulasten der Krankenversicherung und erschwere es den Ärztinnen und Ärzten, sich auf ihre Kernaufgabe zu konzentrieren. Das gilt zumal während Grippewellen, wo durch den Zwang zum sofortigen Zeugnis zugleich ein unnötiger und epidemiefördernder Verkehr entfesselt wird. Der Bundesrat findet eine gesetzliche Regelung allerdings «nicht sinnvoll».

Grundsätzlich anzuzweifeln? Der Nationalrat greift die Ärzteschaft frontal an.

Daniel Lampart und Vasco Pedrina zur gewerkschaftlichen Strategie in der Migrations- und Europapolitik

Bilaterale statt Ausgrenzung

Seit 30 Jahren setzen die Gewerkschaften in der Migrationspolitik auf Flankierung statt Abschottung. Der Weg bleibt anspruchsvoll, wie Daniel Lampart, langjähriger SGB-Chefökonom, und Vasco Pedrina, ehemaliger Co-Präsident des SGB und der Unia, darlegen. Auch mit den Bilateralen III.

| **Text:** *Daniel Lampart und Vasco Pedrina (Fotos: Alexander Egger; Smuv/beide Schweizerisches Sozialarchiv)*

Die Gewerkschaften haben sich in letzter Zeit aktiv gegen alle Initiativen engagiert, welche die Einwanderung über Kontingente, Saisonnierstatute oder andere behördliche Beschränkungen regulieren wollten. Letztmals gegen die SVP-Nachhaltigkeitsinitiative, die im Juni dieses Jahres zum Glück recht deutlich abgelehnt wurde. Grund für die Positionierung: Es schadet allen Arbeitnehmenden, wenn Eingewanderte schlechter behandelt werden. Schweizer und Eingewanderte arbeiten heute oft nebeneinander. 37 Prozent der Arbeitsstunden werden von Berufstätigen ohne Schweizer Pass geleistet. Die Gewerkschaften setzen sich für gute Löhne und Arbeitsbedingungen für alle ein, statt für Abschottung und Ausgrenzung.

Gewerkschaftliche Migrationspolitik: Nein zum Saisonnierstatut (GBI)…

…und Ja zum EWR (Smuv).

Pionier Canonica

Das war bis zu den Zeiten der Schwarzenbach-Initiative (1970) und den Jahren danach anders. Forderungen nach «Kampf gegen die Überfremdung» und «Plafonierung» waren auch seitens der Gewerkschaftsführungen üblich. Einer der Vorreiter des Kurswechsels war der Tessiner Ezio Canonica (1922–1978), ein Gewerkschaftsführer der neuen Generation, der damit zum Hauptgegner von Schwarzenbach avancierte.

Es wurde schon in den 1960er Jahren offensichtlich, dass die Migration kein Übergangsphänomen ist, wie die wiederkehrenden Krisen der Zwischenkriegszeit mit ihren tiefen Migrationszahlen hatten erwarten lassen. Migration wurde für die wachsende Schweiz in einer internationaleren Welt zur Normalität. Logische Folge daraus war die gewerkschaftliche Organisierung der Zugewanderten. Der grösste Teil der Einwanderung brachte keine Konkurrenz für die Einheimischen mit sich. Sie wirkte ergänzend und ermöglichte den Schweizer Erwerbstätigen, schneller die Karriereleiter im Betrieb hinaufzusteigen.

Wo es Lohndruck, schlechte Arbeitsbedingungen und Schwarzarbeit gab – und das gab es im alten, schlecht kontrollierten Kontingentssystem immer wieder –, hatte das mit unfairen Praktiken von Unternehmen und mit dem Wegschauen der Behörden zu tun. Die Gewerkschaften setzten neu vermehrt darauf, das gegenseitige Verständnis und die Solidarität zu fördern, um wirksam für gleiche Löhne und Rechte zu kämpfen. Das Ziel war eine Politik der sozialen und gesellschaftlichen Integration.

Annäherung an Europa

Entscheidende Weichenstellung: die Entwicklung der bilateralen Verträge und die Personenfreizügigkeit mit der EU in den 1990er Jahren. Die Annäherung an Europa war wichtig für die Löhne und Arbeitsplätze in unserer offenen Volkswirtschaft. Mit der Personenfreizügigkeit erhielten die vielen Arbeitnehmenden aus der EU stabilere Aufenthaltsrechte anstelle des prekären Status mit Tendenz zur Schwarzarbeit. Gleichzeitig war aus gewerkschaftlicher Sicht klar, dass die Schweizer Löhne garantiert sein müssen. Die Öffnung muss allen Arbeitnehmenden nützen. Dafür

brauchte und braucht es einen entsprechenden Lohnschutz. Dieser wurde zu einem wichtigen Teil der Bilateralen I. Der Lohnschutz ist die beste Schutzklausel. Er verhindert Lohndruck. Und er sorgt dafür, dass die Arbeitgeber keine Arbeitskräfte aus dem Ausland auf Kosten der Inländer anstellen können.

Die Frage der Einwanderung ist und bleibt gewerkschaftsintern anspruchsvoll. Die Gewerkschaften operieren nicht nach dem Motto «Je mehr Migranten, desto besser», wie das Rico Bandle in seinem *NZZ*-Artikel vom 12. Juni insinuiert. Die Durchsetzung des Lohnschutzes ist nicht einfach, so lange Kantone wie Zürich im Dumpingfall keine Gegenmassnahmen ergreifen oder Dumping mit äusserst fragwürdigen Entscheiden mehr als nur tolerieren. Im Fall der Air Baltic hat das Zürcher Volkswirtschaftsdepartement solche Praktiken sogar förmlich legitimiert. Gleichzeitig ist es eine bewiesene Tatsache, dass das alte Kontingentierungssystem ebenso wenig zum erhofften Resultat führte wie vergleichbare ausländische Versuche: Ein Beispiel ist der Brexit mit bürokratischen Steuerungssystemen. All das behindert qualitatives Wachstum. Und fördert Schwarzarbeit und schlechte Arbeitsbedingungen.

Das klare Nein gegen die SVP-Initiative hat für die Arbeitnehmenden Schlimmeres verhindert. Doch das reicht nicht. Auch mit der Personenfreizügigkeit kann die Schweiz alles tun, damit es Arbeitnehmenden besser geht. Sie darf einzig nicht nach Nationalität diskriminieren. Klar ist: Wer arbeitet, muss vom Lohn leben können. Wer eine Lehre gemacht hat, soll eine Familie gründen können. Deshalb braucht es einen Lohn von mindestens 5000 Franken für Berufe mit Lehre. Auch die Lage der älteren Arbeitnehmenden muss sich verbessern. Wenn sie arbeitslos sind, müssen sie von den RAV bei der Stellensuche aktiver unterstützt werden. Für langjährige ältere Arbeitnehmende braucht es einen besseren Kündigungsschutz. Eine konsequentere Umsetzung ist beim Lohnschutz notwendig. Das Seco hat bei den flankierenden Massnahmen eine Oberaufsichtsfunktion und muss dafür sorgen, dass die Kantone diese Vorgaben umsetzen.

Europapaket nicht aufschnüren

Der nächste europapolitische Schritt sind die Bilateralen III. In anspruchsvollen Verhandlungen mit der EU, aber auch mit Bund, Kantonen und Sozialpartnern, konnte eine Lösung gefunden werden, die den Lohnschutz sichert. Nun ist das Geschäft im Parlament. Die Gewerkschaften erwarten, dass dieses die Verhandlungslösung vollumfänglich übernimmt (siehe Gewerkschaftsnachrichten, Seite 4).

Wiedergelesen: Die Doktorarbeit der Generalsekretärin

Rebekka Wyler, seit Februar Generalsekretärin des VPOD, hat sich bereits 2012 vertieft mit der Haltung der Gewerkschaften zum europäischen Integrationsprozess befasst. Als Smuv-, später Unia-Archivarin sass Wyler buchstäblich an der Quelle; «Schweizer Gewerkschaften und Europa» lautet der Titel ihrer profunden Dissertation, die den Zeitraum 1960 bis 2005 untersucht. Sie wisse als Insiderin auch «um die Existenz (und Heftigkeit) interner Konflikte» bei Parteien und Gewerkschaften, bemerkt sie in der Einleitung. «Gewerkschaftliche Ratgeberliteratur» zu schreiben, sei allerdings nicht das Ziel gewesen.

Dennoch kann man das Buch 2026, wo die Schweiz und die Gewerkschaften erneut vor wichtigen europapolitischen Weichenstellungen stehen, wieder zur Hand nehmen. Letztlich ging es bei der Schweizer Europapolitik immer um die Frage, ob wirtschaftliche Integration ohne politische Integration zu haben sei – und zu welchem Preis. In diesem Spannungsfeld bewegten sich auch die Gewerkschaften. Die Konfliktlinien, so stellt Rebekka Wyler fest, blieben dabei «erstaunlich konstant»: «zwischen Binnen- und Exportbranchen, zwischen gewerkschaftlicher Spitze und Basis sowie teilweise zwischen den verschiedenen Landesteilen». Besonders im Tessin war (und ist) die Angst vor Lohn- und Sozialdumping virulent.

Spannend sind die Unterschiede zwischen dem (abgelehnten) EWR-Beitritt 1992 (Bild: Pro-Plakat der Gewerkschaft Smuv) und den (erfolgreichen) Bilateralen 1999 und 2004. «War die Zustimmung zur Vorlage 1992 noch fast bedingungslos erfolgt, lancierten die Gewerkschaften im Hinblick auf die bilateralen Abkommen und insbesondere im Vorfeld der Ausdehnung auf die neuen EU-Länder ein eigentliches Powerplay.» Die geniale Erfindung waren die flankierenden Massnahmen. Sie erlaubten es, die Reihen intern zu schliessen und «das Hebelmoment, das sich aus der Europäisierung der Schweizer Politik ergab, effizient zu nutzen» – zugunsten der Absicherung des Lohn- und Sozialniveaus.

Eine ähnliche Konstellation besteht jetzt wieder bei den Bilateralen III. Im Unterschied zu damals ist allerdings eine EU-Mitgliedschaft der Schweiz nicht mehr Gegenstand der Diskussion. 1999 wurde auch in den Gewerkschaften nicht nur negativ darüber gesprochen, sondern ein Beitritt auch als Möglichkeit der «Nivellierung nach oben» bei sozial- und arbeitsrechtlichen Fragen erwogen. | *slt* *(Bild: Schweizerisches Sozialarchiv)*

Rebekka Wyler: Schweizer Gewerkschaften und Europa 1960–2005, Münster (Westfälisches Dampfboot) 2012. 346 Seiten, ca. 44 CHF.

Am 29. November wird in der Schweiz über ein Verbot von Feuerwerk abgestimmt – Nachfrage in Berlin, wo das Problem bekannt ist

«Wie sonst im Kriegsgebiet»

Am 29. November kommt – ohne gewerkschaftliche Parole(n) – ein nationales Feuerwerksverbot an die Urne. Das *VPOD-Magazin* bat an einem Hotspot um eine Einschätzung: Die Berliner Feuerwehr – heuer 175 Jahre alt – kämpft an jedem Silvester und stellt die Sicherheit ins Zentrum. | **Interview:** *Christoph Schlatter* *(Foto: Mickis Fotowelt/iStock)*

***VPOD-Magazin:* In der Schweiz wird über ein Verbot von privatem Feuerwerk abgestimmt. Erlaubt wäre nur noch leises oder öffentliches. Auch aus Berlin höre ich solche Rufe. Höre ich noch gut?**

Pressestelle der Berliner Feuerwehr: Die Berliner Feuerwehr weist seit Jahren auf die erheblichen Gefahren und Belastungen hin, die insbesondere durch privates Feuerwerk zum Jahreswechsel entstehen. Unser Landesbranddirektor Karsten Homrighausen hat sich wiederholt für eine stärkere Reglementierung ausgesprochen. Gleichzeitig ist die konkrete Ausgestaltung möglicher Verbote oder Einschränkungen eine politische Entscheidung und Aufgabe des Gesetzgebers. Aus Sicht der Berliner Feuerwehr ist festzustellen, dass die öffentliche Diskussion über Massnahmen zur Erhöhung der Sicherheit an Silvester an Bedeutung gewonnen hat. Dazu gehören Verkaufsbeschränkungen, Böllerverbotszonen und zentral organisierte Feuerwerksveranstaltungen.

Das gewichtigste Argument für ein Verbot sind – neben der Vermeidung von Feinstaub und der Schonung von Wild- und Haustieren – die vielen Verletzungen und Brände, die Folge von unsachgemässem Umgang mit Feuerwerk sind.

Für die Berliner Feuerwehr stehen der Schutz von Menschenleben und die Sicherheit der Bevölkerung an erster Stelle. Deshalb wiegen die zahlreichen Verletzungen und Brände für uns am schwersten. Allein in Berlin wurden nach Angaben der Senatsgesundheitsverwaltung in der Silvesternacht 2024/25 insgesamt 363 Menschen durch Feuerwerk verletzt, davon mussten 52 stationär im Krankenhaus behandelt werden. Neben Verbrennungen wurden schwere Augen- und Hörverletzungen registriert, teilweise mit dauerhaftem Verlust des Seh- oder Hörvermögens. Nach Angaben der behandelnden Ärzte handelte es sich um Verletzungen, wie man sie sonst eher von schweren Gasexplosionen oder sogar aus Kriegsgebieten kennt. Besonders erschütternd war der Fall eines siebenjährigen Jungen, der durch die Explosion einer Kugelbombe lebensgefährlich verletzt wurde. Es handelt sich nicht um vereinzelte Unfälle, sondern um ein wiederkehrendes Sicherheitsproblem mit teils dramatischen Folgen für Betroffene und ihre Angehörigen. Hinzu kommt die enorme Belastung der Einsatzkräfte. Aspekte wie Feinstaubbelastung oder die Auswirkungen auf Haus- und Wildtiere sind ebenfalls relevant und werden zu Recht thematisiert; aus Sicht der Feuerwehr stehen jedoch die unmittelbaren Gefahren für Menschen im Zentrum.

Feuerwerk kann eine Waffe sein und wird auch so eingesetzt. Würde ein Verbot daran etwas ändern?

Angriffe auf Einsatzkräfte sind ein gesamtgesellschaftliches Problem, das sich nicht allein durch Änderungen des Feuerwerksrechts lösen lässt. Entscheidend bleiben Respekt gegenüber Einsatzkräften, gesellschaftliche Prävention sowie die konsequente Verfolgung entsprechender Straftaten. Gleichzeitig erleben Feuerwehr, Rettungsdienst und Polizei regelmässig, dass Feuerwerkskörper gezielt gegen Einsatzkräfte eingesetzt werden. Das gefährdet deren Gesundheit und erschwert die Hilfeleistung für Menschen in Not. Jede Massnahme, die geeignet ist, den Zugang zu besonders gefährlichen Feuerwerkskörpern einzuschränken, kann dazu beitragen, Risiken zu reduzieren.

Was passiert mit dem Feuerwerk als Kulturerbe – ich denke an Händels Feuerwerksmusik? Können Drohnenshows in die Lücke treten? Oder sollte man die Tradition mit «komponierten» öffentlichen Feuerwerken bei Grossanlässen bewahren?

Traditionen verändern sich mit der Zeit. Die Berliner Feuerwehr bewertet kulturelle Vorlieben oder Bräuche nicht. Unser Fokus liegt auf Sicherheitsaspekten. Der Landesbranddirektor Karsten Homrighausen hat wiederholt auf internationale Beispiele wie New York oder Sydney verwiesen, wo zentrale Veranstaltungen den Jahreswechsel prägen. Ob dies künftig durch professionelle Feuerwerke, Drohnenshows oder andere Veranstaltungsformate geschieht, ist letztlich eine gesellschaftliche und politische Entscheidung. Aus Sicht der Berliner Feuerwehr gilt: Je professioneller und kontrollierter solche Veranstaltungen organisiert werden, desto besser lassen sich Sicherheitsrisiken beherrschen.

Braucht es privates Feuerwerk? Oder verursacht es zu viel Dreck, Lärm und Verletzungen?

Für gute Arbeitsbedingungen in der Kinderbetreuung: In der Stadt Zürich läuft ein Pionierprojekt

Kitas aus der Krise kriegen

Hohe Elternbeiträge, fehlendes Personal, tiefe Löhne: Die Kitas stecken in der Krise. In Zürich verhandelt der VPOD den ersten Kita-GAV der Deutschschweiz. Die Kolleginnen und Kollegen haben ihre Forderungen beschlossen. Jetzt muss die Stadt die Finanzierung klären. | **Text:** *Vanessa Salamanca, VPOD-Zentralsekretärin (Foto: niuniu/iStock)*

Gruppenbild mit Pionierinnen: Kita-Vollversammlung in Zürich.

Wer in einer Kita arbeitet, weiss es längst: Die Bedingungen sind hart, oft fehlt es an Personal und an Zeit für die Kinder. Die Schweiz hat die teuersten Kitas Europas. Je nach Kanton zahlen Eltern bis zu 3000 Franken pro Monat und Kind. Trotzdem fehlt überall Personal: Schon 2022 hatte laut Kibesuisse fast jede Kita mindestens eine offene Stelle, und fast jede dritte Betreuungsperson verlässt innert eines Jahres ihre Kita. Die Recherche von *Correctiv Schweiz* zeigt die Folgen: häufige Personalwechsel, Lernende mit zu viel Verantwortung, tiefe Löhne. Den Spardruck schmeckt man selbst noch beim Essen für die Kinder.

Der Grund ist einfach: Es fliesst zu wenig Geld ins System, und ein Teil der Anbieterinnen schaut vor allem auf den Gewinn. Auch der Arbeitgeberverband Kibesuisse stellt fest: Wo Geld fehlt, geraten alle unter Druck. Für den VPOD ist klar: Es braucht bessere Arbeitsbedingungen und mehr öffentliche Investitionen in die Betreuung. Dafür gibt es ein starkes Werkzeug: den Gesamtarbeitsvertrag (GAV). Er enthält verbindliche Regeln: feste Löhne, geregelte Arbeitszeit, Schutz vor Willkür und ein Recht auf Mitsprache. Ein GAV gilt für alle im Betrieb, ob Gewerkschaftsmitglied oder nicht.

In der Stadt Zürich verhandelt der VPOD derzeit mit Kibesuisse über den ersten Kita-GAV der Deutschschweiz. Die Stadt hat zugesagt, die Mehrkosten zu übernehmen, doch ein Rekurs von drei privaten Kita-Betreibern blockiert die Finanzierung. Der Fall liegt beim Verwaltungsgericht. Über die Kantone hinweg vernetzen wir Kita-Mitarbeitende, zusammen mit dem Feministischen Streikkollektiv Zürich, mit Trotzphase und mit solidarischen Eltern.

Basis bestimmt Forderungen

Wer jeden Tag mit den Kindern arbeitet, weiss am besten, was hilft. Über den Sommer haben sich hunderte Kita-Mitarbeitende aus über 80 Zürcher Kitas an der GAV-Umfrage beteiligt. Ihre wichtigsten Forderungen: mehr Anerkennung und höhere Löhne, Entlastung bei der Arbeitszeit – etwa durch mehr Ferien und bezahlte Vor- und Nachbereitungszeit – sowie genug Personal für eine gute Betreuung.

An einer Kita-Vollversammlung im September haben die Mitglieder ihre Forderungen zu Lohn und Arbeitszeit klar beschlossen. Damit geht die Verhandlungsdelegation, bestehend aus Fachpersonen und den zuständigen VPOD-Sekretärinnen, mit einer klaren Stimme und einem starken Mandat in die Verhandlungsrunde vom 23. Oktober (nach Drucklegung dieses Hefts). Mit dem Dringlichkeitsappell stellen sich die Kita-Kolleginnen und -Kollegen hinter ihre Forderungen und stehen für einen starken GAV ein.

Mach mit!

Du arbeitest in einer Kita als Fachperson, Lernende:r, Praktikant:in oder Quereinsteiger:in? Oder du bist Elternteil und willst bessere Kitas? Dann geht dich das an. Du musst dich nicht auskennen und nichts allein machen.

- Deutschschweiz: Erzähl, wie es in deiner Kita läuft: Mach bei der Umfrage von Correctiv Schweiz mit, als Beschäftigte:r oder Elternteil: app.crowdnewsroom.org/crowdnewsroom/kitas-1-1
- Stadt Zürich: Werde Teil der Kita-Bewegung: Unterschreib den Appell und bring ihn in dein Team: vpod.ch/campa/gav-fuer-zuercher-kitas

Das Stundenbudget für Lehrpersonen erhöhen? Der VPOD kämpft weiter für ausreichende Zeitressourcen.

Bei der Betreuung Asylsuchender sparen? Der VPOD wehrt sich gegen Abbau bei den Bundeszentren.

Gegen Machtmissbrauch an den Hochschulen

Mit einem Offenen Brief prangern der VPOD und andere Organisationen des Bereichs Machtmissbrauch und sexualisierte Gewalt an Hochschulen an, die sie als «weit verbreitet und durch strukturelle Missstände begünstigt» sehen. Prekäre Arbeitsbedingungen des Mittelbaus – Beschäftigungsunsicherheit und einseitige Abhängigkeiten – trügen dazu bei, dass gemäss *Actionuni* 18 Prozent der Doktorierenden mindestens einmal von Mobbing, Diskriminierung oder Belästigung betroffen waren. Die unterzeichnenden Organisationen stützen sich auch auf die «Uni-Protokolle» von *Reflekt,* wo 38 Fälle dokumentiert sind: Manipulation, Herabwürdigung und sexuelle Übergriffe. Der Brief fordert den Dachverband der Unis zum Handeln auf: «Wie und in welchem Zeitrahmen gedenkt *Swiss Universities* dem unerträglichen Ausmass von Machtmissbrauch und sexualisierter Gewalt zu begegnen, sowohl für die verschiedenen Personalgruppen als auch für die Studierenden?» | *vpod*

Freiburg: Gegen Parkplatzgebührenerhöhung

Gemäss Verordnung kostet ein namentlich zugewiesener, nicht überdachter Parkplatz bei der Freiburger Kantonsverwaltung 35 Franken im Monat. Jetzt soll der Preis gemäss Staatsrat sehr stark ansteigen: auf 55 bis 70 Franken. Der Kanton gedenkt, auf diese Weise jährlich 2 Millionen Franken zusätzlich einzunehmen. Der VPOD Freiburg wehrt sich mit einer Petition. | *vpod*

AOZ verliert Asylzentren: Protest im Tessin

Die Asyl-Organisation Zürich AOZ, bisherige Betreiberin der Bundesasylzentren, verliert ihren Auftrag per 2027 an die billiger offerierende ORS. Es geht um insgesamt 450 Stellen. Befürchtet wird ein Stellenabbau – 40 Jobs in Chiasso sind akut in Gefahr. Noch offen ist, ob die neue Firma den bestehenden GAV übernimmt. Zumal im ohnehin gebeutelten Südtessin ist der Arbeitsplatzerhalt wichtig. Die Personalversammlung fordert einen Sozialplan und einen mit dem bisherigen vergleichbaren GAV. In der Kritik stehen auch die Vergabekriterien des Staatssekretariats für Migration: Der Preis fiel dabei stark, das Betreuungskonzept nur gering ins Gewicht. Mit dem Personal solidarisiert hat sich auch die Delegiertenversammlung des VPOD. | *vpod (Foto: Keystone)*

Schock in der Waadt: 53 Prozent für 12 Prozent

Die Steuersenkungsinitiative im Kanton Waadt, die eine lineare Reduktion von 12 Prozent bei allen Steuern bewirkt, ist mit 53,1 Prozent angenommen worden. Aus Sicht des VPOD ist der Staatsrat – obwohl er sich gegen die Vorlage ausgesprochen hatte – hauptsächlich für das neuerliche Loch in der Staatskasse verantwortlich, und zwar wegen «jahrelanger systematischer Indoktrination». Dagegen wurden die Argumente des VPOD – dass nämlich jene, die dringend auf Entlastung angewiesen sind, von der Senkung gar nicht profitieren – nicht gehört. Der Kampf gegen die Sparpolitik müsse jetzt erst recht fortgesetzt werden, so der VPOD. | *slt*

Zürcher Lehrpersonen warten weiter auf Entlastung

Die Lehrpersonen im Kanton Zürich warten weiter auf Entlastung. Eine Gesetzänderung, die ihnen mehr Zeit für die Aufgaben ausserhalb des Klassenzimmers zugestanden hätte, ist in der Volksabstimmung gescheitert; auch die grosse Demo vom Vortag konnte daran nichts mehr ändern. «Der Entscheid ist ein Rückschlag», kommentiert der VPOD; die Diskussion über die Arbeitsbedingungen in der Schule gehe aber weiter. Gemäss Eleni Tremp, Präsidentin der VPOD-Volksschulgruppe, reichen die heutigen Zeitressourcen für die Aufgaben nicht aus: Eine Klassenlehrperson hat nur 100 Stunden pro Jahr für Elterngespräche, Koordination mit Fachstellen, Klassenlager, Konfliktbearbeitung usw. Auf Instagram rät der VPOD den Lehrerinnen und Lehrern nun zu Dienst nach Vorschrift: «Stelle bei Elterngesprächen einen Timer» oder «Gib die Planung von Lagern an die Eltern ab». | *slt (Foto: Taking Action Filmkollektiv)*

Gewerkschaftliches Organizing in migrantisch geprägten Milieus in Los Angeles – eine Reportage

L. A. Learnings

Als Schweizer Gewerkschafterin von US-Gewerkschaften lernen: Kollegin N. hat ein viermonatiges Praktikum bei der Gewerkschaft *Unite Here* in Los Angeles gemacht. Ihre Reportage zeigt US- und Kalifornientypisches. Aber auch global Gültiges: Zusammenschluss macht vermeintlich Schwache stark. | Text und Fotos: *N./VPOD*

«Good morning», höre ich eine trällernde Stimme auf dem Gang. Es ist Samstagmorgen, und pünktlich um 8 Uhr beginnt der Schulchor oberhalb meines Schlafzimmers für sein jährliches Konzert zu üben. Noch verschlafen schmunzle ich über dieses Aufwachen in meinem neuen Zuhause im ersten Stock dieser für Los Angeles ungewöhnlich alten Kirche.

Ich bin nicht die Einzige, die man nicht typischerweise hier verorten würde. Seit Jahrzehnten ist dieser Ort für Menschen im Quartier geöffnet: Hier gibt es nicht nur die sonntägliche Predigt, sondern auch Tanzkurse, Essensverteilaktionen, Konzerte, Open Mics. In der eingebauten Turnhalle ist wöchentlich der Basketballkurs.

Das Organizing-Team mit «The Swiss».

★★★

Mein Jetlag ist noch nicht verflogen, als ich im Bus noch ein paar spanische Gewerkschaftsvokabeln übe. Gemeinsam mit den beiden anderen Trainees, die an diesem Montag beginnen, werde ich zuerst allen Teams des hiesigen Lokals der Gewerkschaft *Unite Here* vorgestellt. Beim Eingang tackert jemand neue Slogans an Streikschilder. In gefüllten Räumen planen Gewerkschafts-Organizer:innen die neue Woche. An den Wänden hängen vollgeschriebene Flipcharts der Hotels, Restaurants und Flughafenunternehmen, bei denen die insgesamt 32 000 Mitglieder des *Local 11* beschäftigt sind. «You're the Swiss! Welcome!»

Ich bin dem Team von Sol zugeteilt. Geboren und aufgewachsen in einer Bauernfamilie in Oaxaca im Süden Mexikos, machte sie sich in den 1990er Jahren als 18-Jährige mit ihrem zwei Jahre jüngeren Bruder auf den Weg nach Norden und überquerte die Grenze zu den USA. In Beverly Hills fand Sol eine Stelle als Haushälterin. Später arbeitete sie als Zimmermädchen in einem Hotel in Santa Monica.

Der Gewerkschaft sei sie damals skeptisch gegenübergestanden, erzählt sie. Doch im wiederholten Kontakt mit einer Gewerkschafts-Organizerin stellte sie ihre Fragen und bekam überzeugende Antworten. Schliesslich entschied sie sich dazu, ein Komitee, eine sogenannte Betriebsgruppe, mit aufzubauen und konnte gemeinsam mit Kolleg*innen zuerst die gewerkschaftliche Organisierung ihres Arbeitsplatzes und dann einen Firmen-Gesamtarbeitsvertrag durchsetzen.

Seither arbeitet Sol als Gewerkschafts-Organizerin im *Local 11* der Gewerkschaft *Unite Here*. Sie unterstützt die Kolleg:innen anderer Hotels dabei, Betriebsgruppen aufzubauen, sich gegen sexuelle Übergriffe (ein grosses Thema in der Hotelbranche) zu wehren, für ihre Rechte einzustehen und gute Betriebs-GAV durchzusetzen.

So wie Sol machen viele ihre ersten gewerkschaftlichen Erfahrungen im eige-

nen Betrieb und übernehmen später weitere gewerkschaftliche Aufgaben. Fast alle, von denen ich während diesen vier Monaten lerne, haben am eigenen Leib erfahren, wie viel sich erreichen lässt, wenn Beschäftigte zusammenhalten und für ihre gemeinsamen Interessen einstehen.

✶✶✶

Gemeinsam mit Sol und weiteren Organizer:innen unterstützte ich die Beschäftigten des Flughafenunternehmens *The Private Suites*, kurz PS, bei der gewerkschaftlichen Organisierung. Die Kundschaft von PS sind Prominente, Geschäftsleute, wohlhabende Familien; sie umgehen mit ihrer – teuren – Mitgliedschaft bei PS quasi vollständig das «normale» Prozedere am Flughafen. Sie haben einen eigenen, exklusiven Terminal ohne Warteschlange und werden von Beschäftigten direkt vom Flugzeug abgeholt. Diese schleppen ihr Gepäck ins Auto, fahren sie zu ihren Lounges oder einer privaten Suite, wo sie von weiteren Kolleg:innen bedient werden.

Wir besuchen die Beschäftigten dort, wo sie sich in Ruhe über ihre Arbeitsbedingungen unterhalten können: zuhause. An der Haustüre, am Garten- oder Küchentisch oder auf dem Sofa oder an der Klingelanlage spreche ich in den kommenden Wochen mit Arbeiter:innen.

Wir setzen uns hin, halten die Arbeitsbedingungen fest, tragen gemeinsame Forderungen zusammen und erörtern Handlungsmöglichkeiten. Denn obwohl der gewerkschaftliche Organisationsgrad am internationalen Flughafen von Los Angeles steigt, wissen die Beschäftigten von PS nur wenig über die meist erfolgreichen Arbeitskämpfe ihrer Kolleg:innen in anderen Betrieben.

Wer sich der Gewerkschaft anschliessen möchte, unterzeichnet eine sogenannte Gewerkschaftskarte. Sobald mehr als die Hälfte der Mitarbeitenden eine solche Karte unterzeichnet hat und die Unterschriften von einer neutralen Stelle überprüft sind, ist der Arbeitgeber verpflichtet, mit der Gewerkschaft Vertragsverhandlungen aufzunehmen. Dieses Verfahren, bei dem Gewerkschaftskarten gesammelt und überprüft werden, heisst *Card Check* und ist im demokratisch regierten Bundesstaat Kalifornien verbreitet, wenn auch nicht gesetzlich vorgeschrieben.

Mit den Hausbesuchen lerne ich die verschiedensten Quartiere Los Angeles und ihre Bewohner:innen kennen. Durchlöcherte Zeltstädte stehen neben funkelnden Banken-Hochhäusern: Die soziale Ungleichheit in dieser Stadt ist krass. Ich lerne auch die Eigenheiten des Autofahrens in Los Angeles, zum Beispiel den kalifornischen Rollstopp. Und ich höre den Spruch, den ich schon aus dem gewerkschaftlichen Alltag in der Schweiz sehr gut kenne. Wer ein Gespräch schnell beenden möchte, sagt: «Weisst du, ich bleibe eh nicht lange an diesem Arbeitsort.»

✶✶✶

Doch dann geht plötzlich alles schnell. «Wo wart ihr denn die ganze Zeit?», fragt ein

Interview mit Jacqueline Simon, Leiterin Öffentlichkeitsarbeit der US-Gewerkschaft AFGE

«Es ist derzeit wirklich sehr finster»

Oben ein Bericht über gewerkschaftliche Basisarbeit. Bei Jacqueline Simon befinden wir uns am anderen Ende des Spektrums: Im Headquarter der US-Regierungsangestelltengewerkschaft AFGE. Eine Prognose zur Wahl lässt sich die Kollegin nicht entlocken. So oder so kämpft sie um Rechtsstaatlichkeit und gegen Finsternis.

(Schriftliches) Interview: *Christoph Schlatter* *(Fotos: Daniel Horowitz/AFGE)*

Jacqueline Simon.

***VPOD-Magazin:* Jacqueline Simon, im Frühling 2025 habe ich mit dir gesprochen – Trumps zweite Amtszeit hatte damals gerade begonnen. Jetzt nähern wir uns den Zwischenwahlen – wie ist die Stimmung bei der American Federation of Government Employees?**

Die AFGE-Mitglieder sind hochmotiviert, bei den Zwischenwahlen ihre Stimme abzugeben, in der Hoffnung auf einen neuen Kongress, der die gewerkschaftsfeindlichen Verordnungen von Präsident Trump rückgängig macht und unsere Tarifverhandlungsrechte wiederherstellt.

Damals, am Anfang von Trump II, war das grosse Thema «Doge», eine Behörde ohne Legitimation. «Doge» ist inzwischen weg. Die Turbulenzen nicht, oder?

«Doge» hat fälschlicherweise behauptet, dass man durch den Abbau von Bundesangestellten Milliarden einsparen könne. Doch die Massnahmen werden höchstwahrscheinlich zu einer verstärkten Auslagerung von Aufgaben führen. Und das ist weitaus kostspieliger, als wenn Bundesangestellte die gleiche Arbeit tun. Zudem versuchen wir immer noch herauszufinden, wie viele Daten von «Doge» gestohlen wur-

Arbeiter genervt. Im Gegensatz zu vielen seiner Kolleg:innen hat er keine Angst vor dem Arbeitgeber. Er sagt seine Meinung offen, ist gut vernetzt am Arbeitsplatz und frustriert über die Arbeitsbedingungen, die lange nicht so gut sind, wie sie sein könnten. Nach einer Weile ist er überzeugt, dann fängt er Feuer, und gemeinsam tragen wir die restlichen Karten innert weniger Tage zusammen. Noch im selben Monat wird die Mehrheit erreicht und eine Verhandlungsgruppe für die anstehenden Verhandlungen aufgebaut. Sie besteht aus Beschäftigten der verschiedenen Arbeitsbereiche.

Nur wenig später, im Mai, werden insgesamt 98 Prozent aller betroffenen Beschäftigten von PS ihrem neuen Betriebs-GAV zugestimmt haben. Bis zum Ende der Vertragslaufzeit werden die Gehälter aller um satte 15 Dollar auf 40 bis 50 Dollar pro Stunde erhöht. Durchgesetzt wurde auch eine Altersvorsorge. Und die Trinkgelder werden jetzt endlich transparent ausbezahlt.

Unser Team ist nicht das Einzige, das in diesen Monaten an den Haustüren von Los Angeles anzutreffen ist. Es ist November 2025, und in mehreren Bundesstaaten stehen Abstimmungen und Wahlen an. Wie andere Gewerkschaften in den USA unterstützt *Unite Here* bei wegweisenden Urnengängen Politiker:innen, die sich für die Rechte der stark migrantisch geprägten Basis der Gewerkschaft einsetzen. So fuhr das gesamte *Local 11* in Los Angeles den Alltagsbetrieb mehrere Tage komplett hinunter, um während vier Tagen in Vierteln mit starken migrantischen Communities unterwegs zu sein. An 66 000 Haustüren wurde geklingelt. Zudem wurden die 32 000 Mitglieder telefonisch auf die Termine der Registrierung und der Abstimmung hingewiesen.

Das Resultat analysieren wir beim wöchentlichen Staff-Treffen, bei dem die verschiedenen Organizing-Teams zusammensitzen.

---

den und wer letztendlich von diesem Diebstahl profitieren und ihn ausnutzen wird. Jetzt müssen andere Bundesangestellte die Arbeit der Kolleginnen und Kollegen schultern, die von «Doge» entlassen wurden. Sie kämpfen darum, den Betrieb der Behörden aufrechtzuerhalten.

Im Frühling 2025 wart ihr vor allem mit juristischen Verfahren beschäfttigt – es galt, all die Trump'schen Anschläge auf die Rechtsstaatlichkeit zu bekämpfen. Wo steht ihr da?

Ich zögere zwar ein wenig, über Rechtsstreitigkeiten zu berichten. Aber es gibt doch Erfolge, namentlich bei der Wiederherstellung von Tarifverträgen, die von den Behörden gekündigt worden waren – rechtswidrig, wie jetzt festgestellt wird. Zwei Behörden kommen mir dabei zuerst in den Sinn: das Bureau of Prisons (also die Gefängnisverwaltung im Justizministerium) und das Ministerium für Veteranenangelegenheiten. Beide Behörden haben versucht, ihre Verträge mit der AFGE für nichtig zu erklären, doch die Gerichte haben die Wiederinkraftsetzung angeordnet.

«Der Kongress hat sich leider bisher komplett geweigert, für sich selbst einzustehen», sagtest du im Interview 2025. «Bleibt abzuwarten, ob die Gerichte das Steuer herumreissen.» Haben sie das deiner Meinung nach getan?

Es gibt auch auf legislativer Ebene einen Versuch zur Wiederherstellung der Sozialpartnerschaft. Aber es waren die Gerichte, die eingegriffen haben, um Trumps Versuch zu stoppen, den öffentlichen Dienst zu politisieren. Mindestens teilweise ist das gelungen. Dabei geht es um die für Personalverwaltung zuständige Behörde, das OPM *(Office of Personnel Management)*. Dieses wurde von den Gerichten angehalten, eine politische Frage zu streichen, die allen Bewerberinnen und Bewerbern vorgelegt wird – nämlich: welches ihre «bevorzugte» Trump-Verfügung sei. Das OPM hat sie allerdings durch eine ähnlich unangemessene andere politische Frage ersetzt. Die Loyalitätsprüfungen werden also wahrscheinlich dennoch fortgesetzt.

Die Wiederherstellung der Tarifverhandlungsrechte – also der Sozialpartnerschaft – ist derzeit eure Hauptbeschäftigung?

Das steht im Mittelpunkt. Ausserdem kämpfen wir für den Teuerungsausgleich: Trump hat ja, trotz hoher Inflation und explodierender Krankenversicherungskosten, die Löhne für alle – mit Ausnahme der Strafverfolgungsbehörden – bereits das zweite Jahr in Folge eingefroren. Das sind enorme Motivationsfaktoren. Die AFGE-Mitglieder melden sich in Rekordzahlen für Telefonaktionen und Massnahmen zur Wählermobilisierung an. Die Menschen wollen alles tun, was sie irgend können, um Politikerinnen und Politiker zu wählen, die sich für die Bundesangestellten einsetzen. Derweil setzt Trump seine Angriffe fort.

Organizing gilt derzeit als Goldstandard im Gewerkschaftsaufbau. Also keine Stellvertreterpolitik von oben herab, sondern kontinuierliche Überzeugungs- und Aufbauarbeit. Schafft ihr das?

Die Mitgliedschaft bei der AFGE ist freiwillig (siehe Seite 17). Daher ist es unter den gegebenen Voraussetzungen – mit gekün-

An diesem Morgen nach der November-Abstimmung herrscht erfreutes Gewusel im Sitzungssaal. Breaking News: Als absoluter Aussenseiter wurde Zohran Mamdani in New York zum Bürgermeister gewählt. Er konnte mit einer auf Bezahlbarkeit ausgerichteten Kampagne und dem Fokus auf kostenlose Busse, Kinderbetreuung, Mietendeckel und öffentliche Supermärkte punkten. Und bei seiner Abstimmungskampagne auf die Unterstützung einer gut organisierten Basis zählen.
Auch die kalifornischen Ergebnisse und die Erfahrungen an den Haustüren von Los Angeles machen Hoffnung: So wurde in Gesprächen festgestellt, dass viele Latinas und Latinos, die noch vor einem Jahr für die Republikaner waren, jetzt demokratisch abgestimmt haben. Als möglicher Faktor wird die starke Repression vonseiten ICE genannt.

✶✶✶

Die Präsenz dieser US-Bundesbehörde für Einwanderungs- und Zollgesetze im Landesinnern, kurz ICE, zeigt sich mittlerweile auch in verschiedenen Facetten meines neuen Alltags in Los Angeles. Ich bin jetzt oft alleine mit dem Auto unterwegs und unterstütze Kellner:innen beim Aufbau von Betriebsgruppen in einer Restaurantkette. Auf meinen Fahrten durch die Stadt sehe ich Inhaftierungen am Strassenrand. Fälle von Arbeiter:innen, die im Supermarkt oder bei der Waschanlage festgenommen werden, häufen sich.
Erst vor wenigen Monaten wurde ein umfassendes Steuer- und Ausgabenpaket verabschiedet (man erinnert sich an den Namen: *One Big Beautiful Bill Act*, den Trump seinem Gesetz gab). Das Paket umfasst einerseits Kürzungen im Gesundheitsbereich und in der Sozialhilfe. Es bringt Steuererleichterungen. Und es stockt die finanziellen Mittel von ICE massiv auf.
«Ein Angriff auf eine von uns ist ein Angriff auf uns alle», höre ich in der Gewerkschaft, in der Kirche, auf der Strasse. Ich lerne eine in jahrzehntelangen Auseinandersetzungen geschulte, parate Zivilgesellschaft kennen. Viele tragen eine Trillerpfeife bei sich, um auf ICE-Präsenz aufmerksam zu machen. In Quartieren kann man sich in Schichtpläne eintragen, um aufeinander aufzupassen.
In meine letzten Tage Ende Januar fallen die Vorbereitungen zum Massenprotest einer von Minneapolis ausgehenden Initiative, der sich auch viele Organisationen und Gewerkschaften in Los Angeles anschliessen.

✶✶✶

Es gibt gute Gründe, momentan nicht in die USA zu reisen. Viele haben mich verstört angeschaut, als ich ihnen vom Vorhaben erzählte, trotz Trumps Wiederwahl vier Monate bei einer migrantischen Basisgewerkschaft mitzuarbeiten. Ich hatte Glück, konnte auf viel Unterstützung bei der Vorbereitung und Durchführung dieses Aufenthaltes zählen. Und ich durfte meinen Rucksack mit Geschichten füllen, die es in Trumps Vision eigentlich nicht

---

digten Tarifverträgen – ein harter Kampf für uns, neue Mitglieder zu gewinnen. Doch die Menschen sehen zunehmend, dass die AFGE die rechtswidrigen Vorstösse von Trump abzuwehren vermag. Und so ist es uns gelungen, neue Mitglieder zu gewinnen und die bestehenden zu halten.

Ihr habt Zuwachs an Mitgliedern – oder vor allem an Arbeit?

Das Arbeitspensum der Mitarbeitenden und Funktionäre der Gewerkschaft hat zweifellos zugenommen.

US-Gewerkschaften – so meine Beobachtung – sind hinsichtlich direkter parteipolitischer Positionsbezüge zurückhaltend. Gilt das immer noch? Wo doch jetzt den Letzten klar sein muss, wer der Feind der Gewerkschaften ist?

Die AFGE-Mitglieder sind in jeder Hinsicht äusserst vielfältig, und die politische Zugehörigkeit ist einer dieser Aspekte. Wir haben republikanische Mitglieder, denen alle Aspekte des Parteiprogramms gefallen – mit Ausnahme der gewerkschaftsfeindlichen Massnahmen. Daher konzentriert sich die Gewerkschaft fast ausschliesslich auf Themen, die unsere Mitglieder als Bundesangestellte betreffen.

Wir stehen vor den Zwischenwahlen und haben Hoffnung, dass die Mehrheiten kippen. Was heisst das für euch, wenn Trump die Mehrheit verliert?

Die AFGE wird sich beim neuen Kongress nachdrücklich dafür einsetzen, dass die Möglichkeiten des Präsidenten eingeschränkt werden, die «nationale Sicherheit» als Vorwand für gewerkschaftsfeindliche Massnahmen zu nutzen.

Deine Prognose für die Midterms?

Eine Vorhersage kann ich nicht machen. Und die Umfragen sind bekanntlich oft ungenau.

Der Rechtspopulismus ist auch bei uns in Europa auf dem Vormarsch. Was müssen wir tun, um ihn aufzuhalten? Wie können wir die Welt retten?

Ich wünschte, ich wüsste die Antwort darauf. Ich hoffe, dass Europa nicht wieder in den Faschismus zurückfällt und dass die Vereinigten Staaten aus dieser dunklen Zeit mit einem erneuerten Bekenntnis zu Demokratie und Menschenrechten hervorgehen werden. Für Faschisten war es schon immer ein Leichtes, die Arbeiterklasse nach Religion, Ethnie, Geschlecht usw. zu spalten. Deshalb braucht es ein konstantes Eintreten von uns Gewerkschaften für die Stärkung der Solidarität.

mehr geben dürfte. Mit Geschichten wie der von Sol, die jung war, hart arbeitete und zu Beginn ihrer gewerkschaftlichen Laufbahn Angst hatte, ihren Job zu verlieren. «Wer am Arbeitsplatz Angst hat, hat auch Angst in der Welt draussen», meint ein Gewerkschaftsorganizer während einer Teamsitzung. Sol konnte ihre Angst überwinden und einiges durchsetzen. Geschichten wie die ihre basieren auf einem Entscheid. Nämlich dem, Beschäftigte dabei zu unterstützen, gemeinsam Stärke aufzubauen und damit Dinge durchzusetzen, die sie alleine nicht erreichen könnten.

Auch wenn die historische, politische und arbeitsrechtliche Ausgangslage unterschiedlich sein mag: Diese Prinzipien sind universell.

Und sie zeigen Wirkung.

✶✶✶

Nach zahlreichen erfolgreichen Streiks und ausgehandelten Vereinbarungen hat sich in der Hotelbranche von Los Angeles mittlerweile eine starke gewerkschaftliche Präsenz etabliert, welche die Koordinierung von Arbeitskampfmassnahmen ermöglicht. Die Stadionmitarbeiter:innen *(L. A. Stadium Workers)* haben sich beispielsweise das Recht gesichert, die Arbeit niederzulegen, wenn die Anwesenheit von ICE am Arbeitsplatz ihre Sicherheit gefährdet. Immer mehr Arbeitgeber stimmen Schutzvereinbarungen zu und verpflichten sich vertraglich, die Zusammenarbeit mit ICE beim Zugang zu ihren Arbeitsstätten einzuschränken und migrantischen Arbeitenden weitere Schutzmassnahmen zu gewähren.

2028 finden in Los Angeles Olympische Sommerspiele statt. Die Gewerkschaft hat dafür gesorgt, dass mehr als hundert Verträge in Hotels, Stadien und anderen Betrieben kurz davor auslaufen. Das verschafft den Beschäftigten enorme Macht, ihre Arbeitgeber dannzumal unter Druck zu setzen. Angemessene Arbeitsbedingungen – oder: Streik, und Olympia fällt ins Wasser.

Von Martin Luther King stammt der Satz: «But I know, somehow, that only when it is dark enough can you see the stars.» Er sagte ihn am Vorabend seiner Ermordung. Können wir festhalten, dass es jetzt aber wirklich, wirklich stockdunkel ist? Der nationale Präsident der AFGE, Everett Kelley, ist ein sehr religiöser Mensch. Er hegt die tiefe Zuversicht, dass uns diese Kämpfe stärken werden und dass es morgen besser sein wird als heute. Im Moment sieht es wirklich sehr, sehr finster aus.

In Washington und überall

Die American Federation of Government Employees (AFGE) ist eine der grossen US-Gewerkschaften im öffentlichen Bereich. Je nach Zählung hat sie über 800 000 bzw. gegen 300 000 Mitglieder. Die Diskrepanz resultiert aus dem Unterschied zwischen Vertretenen und Beitragszahlenden. In der Mehrheit der Bundesstaaten der USA gilt ein Gesetz (irreführend «Right to Work» benannt), wonach die Mehrheitsgewerkschaft als alleinige Verhandlungsführerin alle Beschäftigten gleichermassen vertreten muss, auch die Nichtmitglieder – und zwar auch in individuellen Rechtsfällen. Das Recht, von allen Beiträge zu erheben, resultiert daraus nicht. Das verhängnisvolle Janus-Urteil des Supreme Court von 2018 dehnte diese Regel und das damit verbundene Trittbrettfahrertum auf den gesamten öffentlichen Bereich aus. Im Privatsektor von 24 Bundesstaaten (darunter die Westküste mit Kalifornien sowie Neuengland und New York) gilt «Right to Work» jedoch nicht.

Der Vergleich zur Schweiz zeigt, was die US-Regeln bedeuten: Wo in der Schweiz ein GAV gilt, erhalten Gewerkschaften indirekt auch Geld von Nichtmitgliedern. In kollektiven Auseinandersetzungen dürfen sie im Gegenzug auch keine Vorteile für die eigenen Mitglieder aushandeln; was sie erkämpfen, kommt allen zugute. Es gibt aber in der Schweiz keine Pflicht, individuelle Fälle von Nichtmitgliedern anzunehmen und zu vertreten. Solche *Grievances,* Einzelklagen, und zwar auch von Nichtmitgliedern, müssen in den USA von Gewerkschaften unter dem «Right to Work»-Regime zwingend ausgefochten werden.

Ihren Hauptsitz hat die AFGE in Washington D. C., denn sie vertritt in erster Linie die Angestellten auf der nationalen Ebene der Vereinigten Staaten. Sie ist aber auch in den einzelnen Bundesstaaten präsent, weil es auch dort nationale Einrichtungen gibt. Zu den grössten gehören die hunderte Spitäler und tausende Ambulatorien, die vom Veteranenministerium betrieben werden. In einem solchen Spital in Minneapolis arbeitete auch der im Januar von der ICE-Behörde ermordete Intensivkrankenpfleger Alex Pretti – ebenfalls AFGE-Mitglied (das *VPOD-Magazin* berichtete). | *slt*

«Der Marshall-Plan und die Schweiz» – eine VPOD-Broschüre von 1950 im heutigen Licht

«Wider Willen ein wertvoller Schrittmacher»

Mit dem Marshall-Plan, einer Wiederaufbauhilfe für Europa, übernahmen die USA 1948 die Führung der westlichen Welt. Der altersweise Robert Grimm sieht den Plan als Schrittmacher für Integration und Gemeinwirtschaft. Visionär ist seine Einschätzung des europäischen Einigungsprozesses. | Text: *Christoph Schlatter (Bildnachweis Seite 20)*

Man kann den Marshall-Plan als Besiegelung der Spaltung der Welt in zwei Blöcke sehen. Aber er steht auch für einen neuen Umgang von Kriegsgewinnern mit Verlierern, denen statt Demütigung Hilfe zum Wiederaufstieg zuteil wird, auch wenn letztere keineswegs bloss altruistische Motive hat. Gegen Ende des Zweiten Weltkriegs, als klar war, dass Nazideutschland bald besiegt sein würde, gab es in Washington zunächst ganz andere Ideen. Etwa den Morgenthau-Plan von 1944, der eine Reduktion des deutschen Staatsgebiets und eine Deindustrialisierung namentlich an Rhein und Ruhr vorsah: Deutschland sollte ins Agrarzeitalter zurückversetzt werden, damit es nie mehr Krieg anfangen könne. Aber was heisst «Deutschland»: Der nach Vergabe von Saarland, Ostpreussen und Oberschlesien an die Nachbarn verbleibende Rest wäre in drei Teile zersägt worden: Norddeutschland, Süddeutschland (durch Zollunion mit Österreich verbunden) sowie im Nordwesten eine Zone unter internationaler Verwaltung, in der man die Zechen geschlossen, die Hochöfen abgebaut und die Fabriken unwiderruflich demontiert hätte.

Lehren von 1918

Solche Dinge wurden 1944 ernsthaft diskutiert; es gab aber zu keinem Zeitpunkt irgendeine Form der Konkretisierung von Morgenthaus Plänen, und auch Präsident Franklin D. Roosevelt wandte sich nach kurzer Zeit wieder davon ab. Harry S. Truman, der praktisch mit Kriegsende 1945 sein Nachfolger wurde, setzte mit der nach ihm benannten Doktrin auf eine konträre Politik. Das *European Recovery Program* – so die offizielle Bezeichnung – war von US-Aussenminister George C. Marshall erstmals im Juni 1947 formuliert worden. Bei Abschluss des Programms 1952 waren gut 13 Milliarden US-Dollar – nach heutiger Kaufkraft deutlich mehr als das Zehnfache – über den Atlantik geflossen: in Form von Subventionen, Krediten, Rohstoffen, Industriegütern und Lebensmitteln. Auch die Länder Ostmittel- und Osteuropas waren theoretisch eingeladen. Aber das war wohl eher ein Propagandakniff: Stalin verbot erwartungsgemäss die Teilnahme.

Die Unterschiede dieser Politik zu jener am Ende des Ersten Weltkriegs sind eklatant. 1945 erkannten zumindest in den USA einige, dass die dem Versailler Vertrag 1919 eingeschriebene Knechtung Deutschlands für den Zweiten Weltkrieg mitursächlich gewesen war. Ihre Politik hob sich auch ab von derjenigen der anderen Siegernationen. Am meisten Wiedergutmachung in Form von Reparationen hatten die Gebiete in der sowjetischen Besatzungszone zu leisten. Dort wurden ganze Fabriken demontiert und nach Osten verlagert. Auch Frankreich beharrte anfänglich auf Reparationen à la 1918, drang aber mit der Forde-

rung einer (neuerlichen) Abtrennung des Ruhrgebiets nicht durch.

In Europa war die Versorgungslage nicht nur, aber vor allem im kriegszerstörten Deutschland katastrophal. Der extrem kalte Winter 1946/47 forderte Opfer in sechsstelliger Zahl. Die Linderung dieser Not war eines der Motive des Marshall-Plans. Heute assoziiert man mit ihm vorab den deutschen Wiederaufbau, auch wenn tatsächlich nur die (natürlich immer noch beträchtliche) Summe von 1,4 Milliarden Dollar, also ungefähr 11 Prozent des Gesamtvolumens, nach (West-)Deutschland ging. Und auch nur als Kredit. Nicht rückzahlungspflichtige Subventionen flossen derweil an Frankreich und Grossbritannien, die den Löwenanteil der Summe erhielten, aber auch an Italien, an die Beneluxstaaten – und an Österreich, das fast 1 Milliarde Dollar bekam (pro Kopf also ein x-Faches im Vergleich zu Deutschland – und erst noch geschenkt).

Die Zahlungen waren an Bedingungen geknüpft, namentlich an den Abbau von Handelshemmnissen. Der Marshall-Plan zielte also bereits auf einen möglichst schrankenlosen (west-)europäischen Wirtschaftsraum. Sein quantitativer Beitrag zum Wirtschaftswunder war geringer als häufig vermutet, zumal in Deutschland, das allerdings durch ein geschicktes Kreditsystem die Wirkung potenzierte. Weitaus bedeutender waren der psychologische Effekt, der durch Werbekampagnen angeheizt wurde, und der Impuls für die Einigung (West-)Europas.

Kommunismus zurückdrängen

Die Epoche des US-amerikanischen Engagements für und in Europa scheint sich aktuell dem Ende zuzuneigen – nach einem guten Dreivierteljahrhundert. Einen Kommunismus, den man zurückdrängen könnte, gibt es in Europa nicht mehr; damals war dieses Motiv – *Containment* (Eindämmung) – zentral. Dabei ging es nicht allein um die Länder des späteren Warschauer Paktes, in denen Stalin innerhalb weniger Jahre moskauhörige Regimes installierte. Die USA fürchteten sich auch vor dem Erstarken der Kommunisten in Italien und in Frankreich. Aus der Rolle ihrer Gefolgsleute im antifaschistischen Widerstand schöpften die KPs auch dort zunächst Sympathie und Wahlerfolge. Der *Parti communiste français* war bei den Wahlen 1946 mit 28,3 Prozent stärkste Partei! Die Sicherung des Absatzes für US-Produkte in der Umstellung auf Friedenswirtschaft war ein weiterer Treiber des Marshall-Plans.

Harry S. Truman.

George C. Marshall.

Robert Schuman.

Henry Morgenthau.

Die 16-seitige Broschüre, die der VPOD 1950 in der Reihe «Schriften des VPOD» publizierte, enthält ein Referat, das Robert Grimm am 14. Mai 1950 vor dem VPOD-Verbandsvorstand hielt (wenn auch vermutlich nicht präzis Wort für Wort). Grimm war zu jenem Zeitpunkt 69 Jahre alt. Er war, spätestens seit dem Tod Herman Greulichs 1925, die bedeutendste Persönlichkeit der Schweizer Arbeiterbewegung und hatte fast idealtypisch deren Stationen durchlaufen: vom Streikführer 1918 zum Berner Regierungsrat 1938. Als Leiter der nationalen Sektion Kraft und Wärme war er während des Zweiten Weltkriegs die zentrale Figur für die Versorgung der Schweiz mit Kohle, Gas und Öl. Integration in den bürgerlichen Staat? In der Nachkriegszeit finden wir Grimm jedenfalls deutlich links der Mainstream-Sozialdemokratie. Ähnlich wie sein Freund Max Arnold, der von 1947 bis 1974 geschäftsleitender VPOD-Sekretär war und der des «Kryptokommunismus» bezichtigt wurde, verweigerte er sich der vollständigen Einordnung in die Logik des Kalten Kriegs. Noch 1955, drei Jahre vor seinem Tod 1958, verteidigte er den seiner Meinung zu Unrecht «totgesagten Marxismus».

Die Broschüre zeigt Robert Grimm als klugen und teilweise visionären Beobachter und Analysten – allein schon durch die Wahl des Themas. Interessant sind seine marxistisch grundierten Überlegungen zum Zusammenspiel von Kapitalismus und Nationalstaat. Zwar habe der Kapitalismus die Nationalstaaten hervorgebracht und die staatliche Gewalt zum «Förderer und Beschleuniger» seiner Interessen gemacht. Gleichzeitig habe er sich damit ein neues Problem geschaffen, denn die nationalen Grenzen seien für die ökonomische Kraftentfaltung bald einmal zu eng

geworden. Resultat: Imperialismus, Kolonialismus und zwei Weltkriege. Den (zu jenem Zeitpunkt eben erst angelaufenen) Marshall-Plan sieht Robert Grimm als einen Versuch, dieser nationalstaatlichen und letztlich kriegsverursachenden Logik zu entrinnen. Er erkennt darin «sehr schöne menschliche und ethische Ziele», auch wenn die dahinterstehenden Überlegungen «das Existenzinteresse Amerikas zum Ausgangspunkt» hätten. Der Zweck des Plans sei es, «Europa vor dem Chaos und dem völligen Zusammenbruch zu retten». Mit seinem Bekenntnis zur Demokratie richte sich das Programm ausserdem klar «gegen die Diktatur und gegen den Bolschewismus». Einzig in den Prognosen für die Wirtschaftsentwicklung versagt Grimms Prophetie: Seine Logik bleibt diejenige der Industrie; dass dereinst das grosse Geld mit Dienstleistungen verdient würde, sieht er nicht kommen.

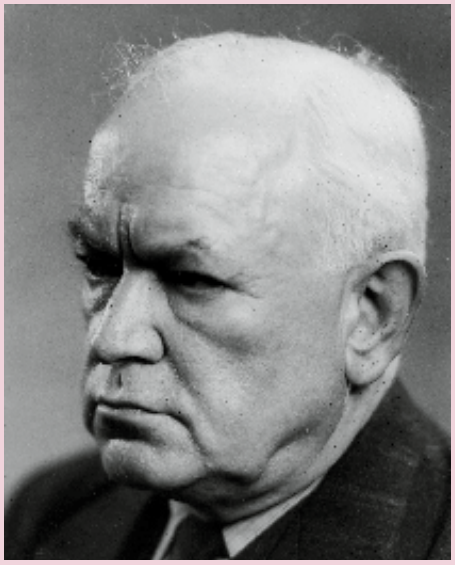
«Eingriff ins Innenleben»

Die vom Marshall-Plan geförderte Beseitigung von Schranken im Wirtschaftsleben begrüsst Grimm im Grundsatz, selbst wenn es sich dabei um ein bürgerlich-kapitalistisches Streben handle. Aktuell hätten eben auch die Arbeiter «Interesse an einer Überwindung des europäischen Chaos und der Verelendung, die der Krieg zurückgelassen hat». Zu bedenken seien aber auch die politischen Folgen eines Abbaus von Handelshemmnissen. Die Schleifung nationaler Fesseln bedeute zugleich eine «Einschränkung der staatlich-politischen Selbständigkeit» der Nationen. Schon heute, so Grimm, trete der Marshall-Plan «aus dem Rahmen eines rein wirtschaftlichen Instrumentes» heraus und greife «in das selbständige staatliche Innenleben» ein.

Ein historisches Paradox: Ausgerechnet das Ruhrgebiet – stetiger Zankapfel schon nach 1918 und als Deutschlands Waffenschmiede geschmäht und beargwöhnt – wird zur Keimzelle der europäischen Einigung. Das Ruhrstatut (1949), die Montanunion (1950) und der Schuman-Plan (1952/53; nach dem französischen Aussenminister Robert Schuman) waren die entscheidenden Schritte zur Integration. Robert Grimm wittert bereits 1950 den politischen Aspekt dieser Entwicklung, sieht sozusagen die Europäische Union heranrollen. Samt den damit einhergehenden Schwierigkeiten: «So stellt sich für die Schweiz das Problem einer Vereinheitlichung der europäischen Wirtschaft nicht ganz so einfach, wie viele wohlgemeinte Idealisten sich das vorstellen mögen. Das gilt in gleichem Masse für die Schaffung eines europäischen Staatenbundes.» Bei der Einigung Europas gehe es um eine «Machtfrage, in der die Grossen und Mächtigen» bestimmten und «nicht die kleine Schweiz».

Auf dem Weg zu Höherem?

Den Marshall-Plan ordnet Robert Grimm im Schlusswort ein als «eine Episode» in einem historischen Prozess: «Er wird die Weltprobleme auf kapitalistischer Grundlage nicht zu lösen vermögen, im Gegenteil, wie die vorausgegangenen Weltkriege sie verschärfen und komplizieren. Der Ausweg besteht letzten Endes nur in der planmässigen Entwicklung der Gemeinwirtschaft, für deren Zielsetzung und Möglichkeiten und deren Verwirklichung der Marshall-Plan wider Willen ein wertvoller Schrittmacher ist. Der Weg zur Gemeinwirtschaft aber ist weder die blutgetränkte Strasse des Kapitalismus noch die die Freiheit vernichtende Diktatur des bolschewistischen Imperialismus. Es ist der dritte Weg, der Weg des demokratischen Sozialismus, der den Menschen achtet und ihm den Aufstieg zu einem höheren Dasein ermöglichen will.» Hier versagt Grimms Vision (jedenfalls aus der Sicht von 2026): Von drittem Weg und höherem Dasein ist ein Dreiviertelahrhundert später wenig zu erkennen – am Ende des seinerzeit vom Marshall-Plan eingeläuteten transatlantischen Zeitalters. Es passt ins Bild, dass ja auch *USAid*, ein Kind des Marshall-Plans, aus ihm hervorgegangen ist, jene US-Behörde für Entwicklungszusammenarbeit, die von Trump beim zweiten Amtsantritt vollständig zerschlagen worden ist.



Robert Grimm.

Bildnachweis: *Plakat (Keystone); Broschüre (VPOD); Harry S. Truman (National Archives and Records Administration/Wiki CC); George C. Marshall (US-Army/Wiki CC); Robert Grimm (Schweizerisches Sozialarchiv); Robert Schuman (Europäische Kommission/Wiki CC); Schild (Holger Ellgaard/Schifffahrtsmuseum Kiel/Wiki CC).*

Sehr kurze Frist: Pikett ist Arbeit

«Wenn der Pikettdienst wegen der kurzen Interventionszeit im Betrieb geleistet werden muss, gilt die gesamte zur Verfügung gestellte Zeit als Arbeitszeit.» Dies hat das Bundesgericht bekräftigt (1C_505/2025) und auch gleich klargemacht, was in diesem Zusammenhang als «Betrieb» gilt. Nämlich auch eine eigens zu diesem Zweck zur Verfügung gestellte «Personalwohnung». Das Bundesgericht bestätigt damit das Bündner Obergericht, das eine Nachzahlung von fast 80 000 Franken angeordnet hatte.

Strittig war, ob der in dieser Wohnung geleistete Pikettdienst «als Arbeitsbereitschaft (der Pikettdienst wird im Betrieb geleistet) oder als Rufbereitschaft (der Pikettdienst wird ausserhalb des Betriebes geleistet)» abzugelten sei. Für Pikett sprachen die kurze Einsatzzeit (10 bis 2 Minuten) sowie der Charakter der Wohnung, die von «fremden» und allesamt uniformierten Leuten benutzt wurde. Aus der Tatsache, dass es sich um eine «normale» Wohnung handle, die theoretisch auch eine Privatwohnung sein könnte, lasse sich nichts ableiten.

Die Gegenpartei hatte behauptet, auch dort sei prima Freizeitgestaltung möglich, zumal «jüngere Leute lieber Serien auf digitalen Streaming-Diensten anschauen», was sie dort ebenso gut könnten wie daheim. Weil auch keine Haushaltpflichten wie Staubsaugen anfielen, handle es sich sogar um «Quality time». Quatsch, sagt das Bundesgericht (nicht in diesen Worten). Zur Anwendung gelange Art. 8a Abs. 3 ArGV 2 – faktisch handle es sich um Pikett im Betrieb, also um Arbeitszeit. Massgeblich: Die Gesamtsituation ähnelt viel eher dem betrieblichen Pikettraum als der Privatwohnung.

In wenigen Minuten einsatzbereit? Das Bundesgericht wertete das als Arbeits-, nicht als Rufbereitschaft.

Bei der Vorinstanz sei keine Willkür feststellbar. Die unterlegene Stiftung muss die Gerichts- und auch die Gegenanwaltskosten übernehmen, und das geschieht ihr recht.

| *slt (Foto: Devenorr/iStock)*

Antonia W. Fleischmann Die Kratzbürste im System

Eine wahre Legende

Antonia W. Fleischmann ist eine Figur des Schriftstellers Lukas Linder. Er lebt in Polen und in der Schweiz.

Corona, Sie erinnern sich? War das nicht die Zeit, als wir zum ersten Mal in unserem Leben Brot gebacken haben? Andere haben weniger positive Erfahrungen gesammelt. Beispielsweise sind sie gestorben oder leiden seither unter so heftigen Erschöpfungszuständen, dass sie kaum mehr am Leben teilnehmen können. Kurz: Es war eine missliche Zeit. Und wann immer ein Artikel dazu erscheint, erinnern uns die Medien zähneknirschend daran, wie ungern wir daran erinnert werden. Zum Glück passiert das praktisch nur, wenn mal wieder rauskommt, dass ein bekannter Sportler sich ein gefälschtes Impfzertifikat beschafft hat. Neulich war es mal wieder so weit. Der Kapitän der Schweizer Fussballnationalmannschaft hat in die Trickkiste gegriffen, weil er seinen gestählten Körper lieber nicht mit dubioser Chemie aus dem Ausland vergiften wollte (an meinen Körper lasse ich nur Wasser und vergoldete Dubai-Steaks). Die Empörung war gross. Urkundenfälschung! Wie konnte er nur? Eilig wurden Experten heranzitiert, die das Strafmass einschätzten: Wird wohl eine Busse geben. Gleichzeitig inszenierte sich der Fussballer in den sozialen Netzwerken als melancholischer Flaneur am Strand, der im Angesicht der Gezeiten über das Leid räsoniert, das ihm angetan wurde. Und ebenso schnell wurde er von der Community zum Helden stilisiert, der unerschrocken gegen den autoritären Staat kämpfte. «Du hast alles richtig gemacht, diese Plörre nicht in deinen Körper zu lassen», schrieb jemand. Auch internationales Lob gab es: «You have morals and principles, brother. A true legend.» Natürlich gab es auch rührende Unterstützung von seinen Nati-Kollegen: «Ich liebe dich. Du bist gut genug», schwärmte da einer. Ein anderer fasste seine Gefühle lakonischer zusammen: «Du weisch.»

In der ganzen Debatte ging vergessen, dass es bei den Corona-Massnahmen gar nie darum ging, Bürger einer staatlichen Willkür zu unterwerfen. Es ging darum, Menschen zu schützen, damit sie nicht krank werden und sterben. Das war der Sinn der Impfung, Bro. Schade, dass dies viele offenbar nicht verstanden haben. Dabei tragen auch die Medien und wir alle eine Mitschuld, nämlich für die Art, wie wir wie im Falle des Fussballers darüber diskutieren. Mein Gott. Urkundenfälschung. Bussgeld. Was für ein bünzliger Schwachsinn. Lieber halten wir uns mit formalen Fragen auf, als über die moralischen Probleme zu sprechen, die sich darunter verbergen: Wie viel Verantwortung ist die heutige Bürgerin bereit, für ihr Land und ihre Leute auf sich zu nehmen? Wie wichtig ist uns das Wohl unserer Mitmenschen, mitunter der Gesellschaft an sich? Wo liegt die Grenze unserer Opferbereitschaft? Ist eine Impfung schon zu viel?

Mit der Trivialisierung einer wirklich ernsten moralischen Frage veräppeln wir das Problem und erteilen all den Schwurblerinnen und Pseudorevolutionären freie Fahrt, die in den Corona-Massnahmen nichts als eine staatliche Gängelei gesehen haben. Aber es ist noch schlimmer. Bei der nächsten Pandemie werden diese Leute ganz anders auftreten. Jetzt haben sie zumindest noch so getan, als wollten sie Teil des Spiels sein (gefälschter Impfausweis). Beim nächsten Mal werden sie das Spiel an sich in Frage stellen. Denn jetzt fühlen sie sich im Recht.

Ihre Toni Fleischmann.

Hongkong: Gewerkschaftsführer Lee Cheuk-yan wurde zu langer Haft verurteilt.

Hongkong: Lange Haftstrafen

Mit der Zerschlagung der Demokratiebewegung in Hongkong ist auch der letzte freie Gewerkschaftsbund, die *Hong Kong Confederation of Trade Unions*, aufgelöst worden; 2021 stimmten die Mitglieder selbst – unter Druck – für die Auflösung. Im August und im September dieses Jahres sind zwei wichtige Persönlichkeiten der Gewerkschaftsbewegung zu langen Freiheitsstrafen verurteilt worden. Wegen angeblicher Anstiftung zur Untergrabung der Staatsgewalt wurde der Gründer und langjährige Generalsekretär des Gewerkschaftsbundes, Lee Cheuk-yan, zu sieben Jahren Haft verurteilt. Eine ähnliche Strafe erhielt Chow Hang-tung, die vor allem als Menschenrechtsanwältin mit der Gewerkschaftsbewegung verbunden war. Der IGB fordert die sofortige Freilassung der beiden; die Kampagnenplattform Labourstart sammelt ebenfalls für die Forderung. | *slt (Foto: Chris Hung/Labour Party HK/flickr)*

Verdi zur Pflegereform

Die Pflegereform ist neben der Rente einer der grossen Zankapfel der deutschen Politik. Die CDU-SPD-Koalition hofft, den innewohnenden Zündstoff mit der Einsetzung einer Expertenkommission zu entschärfen. Diese wäre eigentlich gar nicht nötig, findet die Gewerkschaft Verdi. Seit Langem lägen solide durchgerechnete Vorschläge zur Weiterentwicklung der Pflegeversicherung vor, sagt etwa Verdi-Bundesvorstandsmitglied Sylvia Bühler. Man müsse nur endlich die private und die gesetzliche Pflegeversicherung zu einer Bürgerversicherung zusammenführen. Und man müsse die Beitragserhebung vom Lohn auf andere Einkommensarten ausdehnen, etwa «auf hohe Mieteinnahmen und Ak-

Wirtschaftslektion Zur Rolle der Mehrwertsteuer

Die 13. AHV-Rente ist ein sehr bedeutender Sieg der Gewerkschaften. Sie wird im Dezember zum ersten Mal ausbezahlt. Dank ihr geht es bei den Renten endlich wieder aufwärts – nachdem die Pensionskassenrenten in den letzten Jahren gesunken sind. Eine 13. AHV bedeutet, dass die AHV-Ausgaben um 8,33 Prozent steigen. Das führt schnell zu Defiziten, die dann bald die Reserven aufbrauchen. Der SGB hat im Abstimmungskampf deshalb immer gesagt, dass es eine Zusatzfinanzierung von 0,8 Lohnprozenten – oder, wenn es nicht anders geht, von 1 Mehrwertsteuer-Prozent – braucht. Die Gegner der 13. AHV hingegen wollen den Volksentscheid nach wie vor nicht akzeptieren. Ihr Racheplan ist: Wenn die Leute eine 13. AHV wollen, sollen sie länger arbeiten. Die FDP sagte es an der Medienkonferenz im September unverblümt: Das Rentenalter muss steigen, anstatt dass die AHV mehr Geld erhält.

Am 29. November stimmen wir darüber ab, ob die AHV 0,4 Mehrwertsteuer-Prozente erhalten soll. Der SGB hatte sich für 0,8 Lohnprozente ausgesprochen. Doch mehr als diese Mehrwertsteuer-Erhöhung lag im Parlament nicht drin. Diese Steuer wird in den Gewerkschaften von einigen als unsozial kritisiert. Das ist nicht neu. Der SGB hat bisher Mehrwertsteuer-Erhöhungen für die AHV bejaht. Die AHV-Renten sind sehr sozial verteilt. Auch mit Mehrwertsteuer-Finanzierung ist die Bilanz verteilungspolitisch klar positiv.

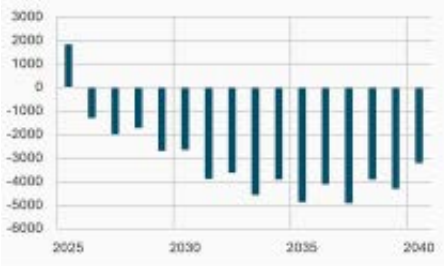
Wenn man die Mehrwertsteuer-Finanzierung aus Arbeitnehmenden-Sicht betrachtet, sind die Unterschiede zu den Lohnbeiträgen gar nicht riesig. Das mag auf den ersten Blick überraschen. Hier ein paar Zahlen: Die Erhöhung der Mehrwertsteuer um 0,4 Prozentpunkte führt für eine alleinstehende Person mit einem sehr tiefen Einkommen von 4500 Franken zu einer Zusatzbelastung von 0,15 bis 0,2 Prozent des Einkommens. Bei einem Lohn von 5500 Franken sind es rund 0,15 Prozent.

0,4 Mehrwertsteuer-Prozente entsprechen rund 0,3 Lohnprozenten. Wenn wir die Lohnprozente zur Finanzierung der 13. AHV entsprechend erhöhen, ergibt das eine Zusatzbelastung von 0,15 bis 0,2 Prozent. Grund: Die Arbeit*geber* übernehmen einen Teil der Beiträge. Rechtlich ist es die Hälfte. Ökonomisch wird aber ein Teil der Beiträge auf die Arbeitnehmenden überwälzt. Die Belastung für Gering- und Mittelverdienende ist bei Mehrwertsteuer- und bei Lohnbeiträgen also ähnlich.

UBS-Chef Ermotti würde hingegen mehr Lohn- als Mehrwertsteuer-Beiträge zahlen. Warum ist die Mehrwertsteuer-Belastung für die Arbeitnehmenden mit kleineren und mittleren Löhnen trotzdem nicht höher? Weil die Pensionierten ebenfalls Mehrwertsteuer zahlen. Ausserdem zahlen auch die Banken auf ihren Einkäufen Mehrwertsteuer; sie können diese aber nicht weitergeben. Damit tragen sie rund 10 Prozent zu den Mehrwertsteuer-Einnahmen bei. Dasselbe gilt für Vermieter. Dazu kommen Touristinnen und Touristen aus dem Ausland, die 3 bis 4 Prozent der gesamten Mehrwertsteuer-Einnahmen berappen. Beispielsweise, wenn sie in Luzern eine Rolex-Uhr kaufen. | *Daniel Lampart, SGB-Chefökonom*

Die DV des VPOD empfiehlt für den 29. November ein Nein.

Umlageergebnis (Einnahmen minus Ausgaben) der AHV (in Millionen CHF zu Preisen von 2025)



Quelle: BSV

tiengewinne». Die Privatversicherung hat eine deutlich komfortablere Versichertenstruktur als die gesetzliche, sie gibt pro Mitglied durchschnittlich weniger aus und erhält zugleich höhere Beiträge. | *verdi/vpod*

98,55 Prozent für Meidlinger

Eine Personalie von der österreichischen Schwestergewerkschaft Younion: Christian Meidlinger ist am Bundeskongress von rund 300 Delegierten mit der geradezu stalinistischen Quote von 98,55 Prozent als Vorsitzender wiedergewählt worden. An Themen mangelt es Younion nicht: Finanzierung öffentlicher Leistungen, Digitalisierung und KI sollen in den kommenden Jahren Thema sein. | *slt/younion (Foto: Georg Wilke/Younion)*

Klima-Seniorinnen unzufrieden

Zwei Jahre nach dem Urteil des Europäischen Menschenrechtsgerichtshofs im Fall der Klima-Seniorinnen hat die Schweiz die vom Gericht festgestellten Menschenrechtsverletzungen immer noch nicht behoben. Im vergangenen Jahr hatte das Ministerkomitee des Europarates die Schweiz eingeladen, die Einführung eines unabhängigen nationalen Fachgremiums, eines sogenannten Klimarats, zu prüfen. Die offizielle Schweiz will davon nichts wissen; stattdessen will sie den Austausch mit einem Forum namens *Proclim* institutionalisieren und das Monitoring erst für nach 2030 «präzisieren». Der Vorschlag entspreche nicht dem Urteil und zeige, dass sich die Schweiz keinen Millimeter bewegt habe. «Wir lassen nicht zu, dass unser Sieg nur auf dem Papier bestehen bleibt», sagt Rosmarie Wydler-Wälti, Co-Präsidentin der Klima-Seniorinnen. | *vpod*

Wien: Christian Meidlinger bleibt Vorsitzender der «Daseinsgewerkschaft» Younion.

Wer war's? Bebrillte

Wer hat's erfunden? Einen Namen kennt man nicht, aber Datum und Ort lassen sich recht genau eingrenzen: Die Brille wurde zwischen 1270 und 1290 in Norditalien, wahrscheinlich in der Toskana, entwickelt. Schon 1300 ist in Venedig ihre kommerzielle Herstellung belegt, ab 1320 gab's eine Zunft mit Monopol. Über Jahrhunderte handelte es sich ausschliesslich um (konvex geschliffene) Lesehilfen. Brillen zur Korrektur der Kurzsichtigkeit kamen erst im 16. Jahrhundert auf. Auch die Idee, die Gläser mittels Bügeln an den Ohren zu fixieren, brauchte nochmals Zeit. Vor allem aber dauerte es, bis aus einem negativ besetzten Hilfsmittel, das man zu verbergen trachtet, ein modisches Accessoire wurde.

Die Brille am Stiel war blitzschnell vor die Augen gehalten, ebenso schnell wieder verschwunden. Den Zwicker klemmte man sich nur im Bedarfsfall kurz auf die Nase, das Monokel zwischen die Lider. Diese Scham ist passé. Selbst der Volksbrauch, brillentragende Kinder zu hänseln, scheint weitgehend verschwunden. (Seltsamerweise hat das Hörgerät keine vergleichbare Karriere hingelegt. Es wird weiterhin als Zeichen von Krankheit und Schwäche gedeutet, möglichst klein und in Hauttönen fabriziert, hinter Ohr und Haar versteckt.)

Als die heute gesuchte Sängerin, eine der erfolgreichsten aller Zeiten, als junge Frau ihre ersten Auftritte absolvierte, sahen es ihre Manager als Selbstverständlichkeit an, dass eine Künstlerin die Bühne brillenlos betritt. Aber Frau X. setzte sich durch und performte mit Nasenvelo. Sie blieb dabei, auch als später ein berühmter Duettpartner aus dem Calypsofach Kritik übte und als es bei TV-Auftritten hiess, das Ding spiegele. Ohne Brille sei sie nicht recht bei sich, ausserdem brauche sie das Glas wegen ihrer Schüchternheit als Schutz. Auf gegen 200 veröffentlichten LPs findet man ihr Gesicht höchstens zweieinhalbmal nackt abgebildet.

Die Vorstellung, dass brillentragende Frauen graue Sekretärinnen, brillentragende Männer schmallippige Buchhaltertypen sind, ist passé. Die Brille ist längst Lifestyleobjekt, häufig mit erotischer Konnotation. Auch das rechteckige schwarze Gestell der Frau X. – in all den Jahren kaum verändert – ist Kult. Begonnen hatte die heutige Ikone mit einer klassischen Gesangsausbildung. Aber die Athener Jazzclubs dünkten sie interessanter. Letztlich hat sie in sehr vielen Ländern sehr unterschiedliche Images verkörpert: hier Interpretin schunkeltauglicher Schlager, dort Vertreterin des gehobenen Chansons oder des politisch deutbaren Folksongs.

Der Lösungsname kann in griechischen oder lateinischen Buchstaben geschrieben und geschickt werden an: *VPOD Redaktion, Birmensdorferstrasse 67, Postfach, 8036 Zürich*. Auch der elektronische Weg steht offen: *redaktion@vpod-ssp.ch*. Am 3. Dezember wählt Fortuna – Verzeihung: Tyche natürlich – drei Glückliche, denen Büchergutscheine (à 100, à 50 und à 20 Franken) zugesandt werden. | *slt*

Es war Marianne Kaltenbach

«Ächti Schwizer Chuchi» – für den gesamtdeutschen Markt «Aus Schweizer Küchen» – war das bedeutendste der über 50 Kochbücher aus der Feder bzw. Küche von Marianne Kaltenbach (1921 – 2005). Die Luzerner Wirtin hielt damit eine gute Balance zwischen historischer Entdeckungslust und den praktischen Anforderungen des Kochens. Ein ähnlich wegweisendes Opus war ihre Sammlung italienischer Rezepte. Dass eine gelungene Einladung namhaft auf guter (Zeit-)Planung fusst, wusste und beschrieb Marianne Kaltenbach ebenfalls. Koch- oder andere Bücher können sich Daniel Gelzer (Ostermundigen), Esther Allenspach (Tägerwilen) und Elisa Fuchs (Zürich) mit den gewonnenen Gutscheinen gönnen. | *slt*

Delegiertenversammlung des Verbandes vom 26. September 2026

Die Delegiertenversammlung des VPOD hat im Restaurant Falken in Zürich getagt und hat

- nach einer ausführlichen und kontroversen Diskussion beschlossen, dass der VPOD eine eigene Parole zur vorgeschlagenen Mehrwertsteuererhöhung fasst, über die am 29. November abgestimmt wird. Mit 22 zu 6 Stimmen spricht sich der VPOD für ein Nein zu dieser Erhöhung aus. Folgende Argumentation setzte sich durch: Kurzfristig gibt es keinen Grund für eine zusätzliche Finanzierung, da die AHV gut dasteht; die Mehrwertsteuer ist unsozial, und ihre Erhöhung würde zu einem Rückgang der Kaufkraft führen; wir können nicht die Positionen verleugnen, die wir während der gesamten Kampagne zur 13. AHV-Rente vertreten haben, und heute das unterstützen, was wir bis gestern bekämpft haben. Die Organisation der Abstimmungskampagne wird dem Landesvorstand übertragen.
- den aus der «Tour des régions» hervorgehenden Leitantrag gutgeheissen, nämlich die Schaffung einer 80-Prozent-Stelle im Zentralsekretariat in Zürich, einer 80-Prozent-Stelle im Zentralsekretariat in Lausanne und einer 40-Prozent-Stelle im Sekretariat der Region Tessin. Damit werden 200 zusätzliche Stellenprozente geschaffen. In der Deutschschweiz und in der Romandie sollen die neuen Kolleg:innen insbesondere in Zusammenarbeit mit den Regionen die gewerkschaftliche Verankerung und die Mobilisierungsfähigkeit vor Ort festigen und ausbauen.
- ihre uneingeschränkte Unterstützung für die gleichzeitig in Zürich stattfindende Bildungskundgebung übermittelt.
- Solidaritätserklärungen an die Belegschaft des Akutspitals Menziken (AG) und das Personal der Bundesasylzentren im Tessin (AOZ) beschlossen.

Christian Dandrès, Präsident
Rebekka Wyler, Generalsekretärin

VPOD-Landesvorstand vom 30. September 2026

Der Landesvorstand hat online getagt und hat

- gemäss dem Beschluss der Delegiertenversammlung für ein Nein zur Mehrwertsteuerfinanzierung der AHV (Volksabstimmung vom 29. November) ein globales Kampagnenbudget gesprochen.
- die Auswahlkommissionen für Stellenbesetzungen neuer Sekretär:innen in der Zentrale bestimmt, für die beiden Stellen in Lausanne (Nachfolge von Beatriz Rosende sowie aus der «Tour des régions» hervorgehenden Aufbaustelle): Dandrès, Wyler und Soldini; für die Aufbaustelle in Zürich: Dandrès, Wyler, Gisler, Künzler.
- einen Assoziierungsvertrag mit der Swiss Professional Tennis Association (SPTA), einer Vereinigung professioneller Tennislehrpersonen, gutgeheissen.
- die reglementsgemässe Kostenerstattung für Mobilisierungen des VPOD Waadt im 2. Halbjahr 2025 gewährt und die Verlängerung der feministischen Projektstellen in Neuenburg und im Wallis bis Ende 2027 zugesagt.
- einen Antrag der Verbandskommission Pensionierte Deutschschweiz mit Forderungen und Zielen für die zweite Säule begrüsst, sofern er einer fachlichen Redaktion unterzogen wird.
- weitere Elemente zur Vorbereitung und Strukturierung der Europa-Diskussion («Bilaterale III», Stromabkommen) an der Delegiertenversammlung des Verbandes vom 21. November zusammengetragen.
- sich hinsichtlich der Entwicklung bei den Bundesasylzentren (Wechsel von der AOZ an die ORS) auf den neuesten Stand gebracht.

Christian Dandrès, Präsident
Rebekka Wyler, Generalsekretärin

Rote Köpfe

Das Personalkarussell dreht sich schnell – und für einmal auch in eigener Sache. Zum Nachfolger von Redaktor Christoph Schlatter, der sich Ende März 2027 in die Pensionierung davonstiehlt,

wurde **Jonathan Pärli** ernannt. Der Kollege wurde erst jüngst unter «Menschen im VPOD» vorgestellt: Er ist, wie der Vorgänger, Historiker. Seine Dissertation über die Schweizer Asylpolitik hat nicht nur inhaltlich Aufsehen erregt, sondern auch forschungspolitisch. Für seinen Kampf um Akteneinsicht bekam der Kollege sogar einen Preis. Furore hat Jonathan Pärli auch mit seinem Engagement in der Basler VPOD-Mittelbaugruppe gemacht. Mit dem Wechsel wird das *VPOD-Magazin* renoviert. Ab April wird es in neuem Gewand (aber weiterhin als Drucksache) zu den Mitgliedern gelangen.

Auch die Lücke, die Ronja Jansen durch ihren Wechsel zum SGB hinterlassen hat, ist gefüllt: **Jascha Harke**

wird ab Januar 2027 im VPOD-Fachsekretariat Kampagnen und Kommunikation anzutreffen sein. Jascha Harke ist derzeit als Fachperson Betreuung bei der Stadt Zürich tätig, besitzt aber vielfältige Kampagnen- und Politikerfahrung aus der SP, aus dem 1.-Mai-Komitee und aus dem VPOD. Skizze der neuen Aufgabe: «Wie sprechen wir Menschen so an, dass sie nicht nur sehen, was die Gewerkschaft für sie erreicht, sondern selber Lust bekommen, sich einzubringen?» Gewünschte Personalpronomen sind übrigens «alle/keine.» – Das Kampagnenteam wird komplettiert durch **Jasmin Chalendi**, die schon fast anderthalb Jahre beim VPOD an Bord ist, aber aus unerfindlichen Gründen in dieser Rubrik noch nie

so richtig vorgestellt wurde (sorry!). In der früheren Heimat war sie unter anderem für die SPÖ tätig. Eigenbeschreibung auf Instagram: «Brown girl straight aus dem Gemeindebau in Wien.» Derzeitiger Wohnsitz: Vaduz. Besondere Kennzeichen: typisch österreichische Satzmelodie.

Seit dem Bau der Gotthardbahn ist Erstfeld die sozialdemokratische Hochburg im Kanton Uri. Prompt erzielte bei den dortigen Gemeinderatswahlen eine SP-Kandidatin das zweitbeste Resultat: 574 Stimmen entfielen auf eine gewisse **Rebekka Wyler**. Der Wiedergewählten obliegen gewichtige Dossiers wie Finanzen und Liegenschaften; zuständig ist sie auch für alle Fragen rund um Energie, Umwelt und Klima. Daneben hat sie noch ein kleines Jöbbli als VPOD-Generalsekretärin. | *slt (Fotos: Alexander Egger, zVg)*

Nach Abbruch der Wiedereingliederung kam P. nach langer Zeit zur IV-Rente

Über sieben Brücken musst du geh'n

Zwar dauerte es fast sieben Jahre, bis auch der IV-Stelle klar war, dass die gesundheitliche Situation von Kollegin P. keine Wiedereingliederung mehr zuliess. Dann aber kam die Verfügung für eine IV-Rente überraschend schnell.

Text: *Sabine Braunschweig (Foto: Solches/Wikimedia CC)*

Seit vielen Jahren litt Kollegin P. an einer chronischen Krankheit. Diese erschwerte es ihr zunehmend, die angestammte Tätigkeit in einem Pflegeheim auszuüben. Seit einigen Monaten war sie gar nicht mehr arbeitsfähig und erhielt Unterstützung von der betrieblichen Taggeldversicherung. Eine berufliche Neuorientierung stand an. Weil das eine wichtige Weichenstellung darstellt, befand die Gewerkschaftssekretärin eine sozialrechtliche Expertise nicht nur für hilfreich, sondern für unabdingbar. Eine 30-minütige Beratung, wie sie jedem VPOD-Mitglied zusteht, reiche in diesem Fall nicht aus. So bewilligte der VPOD das Rechtshilfegesuch, und der Vertrauensanwalt nahm seine Tätigkeit auf. Es sollte ein langer, kurvenreicher Weg werden.

Zur IV-Rente kam P. erst nach einem langen Parcours.

Keine Rückkehr möglich

Der Anwalt gelangte sogleich an die IV-Stelle, damit diese den Anspruch auf eine berufliche Massnahme und die Übernahme der Kosten prüfe. Nach intensiven beruflichen Abklärungen erkannte auch die IV-Stelle klar, dass P. ihren ursprünglich erlernten Beruf in der Krankenpflege nicht mehr ausüben konnte. Damit waren die Voraussetzungen für eine Eingliederungsmassnahme erfüllt. Infrage kam eine Umschulung zur Kinderbetreuerin. Sie begann mit einem dreimonatigen Praktikum in einer Kindertagesstätte. P. wurde dabei von einer Sozialarbeiterin begleitet und erhielt ein Taggeld ausbezahlt.

Aber es klappte nicht. P. wurde während des Praktikums mit Kindern von ihrer Erkrankung eingeholt. Sie litt unter so starken Schmerzen, dass die IV-Stelle nach zwei Monaten entschied, den Versuch zur Eingliederung abzubrechen. P.s Gesundheitszustand, so hiess es, lasse weitere Massnahmen zur Wiedereingliederung nicht zu. Deshalb prüfe die IV-Stelle nun, ob der Anspruch auf eine IV-Rente gegeben sei. In ihrem Vorbescheid schrieb sie, dass «Betroffene, wenn sie mit dem Entscheid nicht einverstanden sind, innert 30 Tagen seit der Zustellung, schriftlich oder mündlich Einwand erheben» könnten. Nach Ablauf dieser Frist für die Gewährung des rechtlichen Gehörs erlasse die IV-Stelle die beschwerdefähige Verfügung.

Korrekte Entscheidung

Für P. und den Vertrauensanwalt kam dieser Entscheid «etwas überraschend». Allerdings hatten sich schon einige Monate zuvor Probleme bei der Wiedereingliederung ergeben. Im Hinblick auf den beruflichen Wiedereinstieg hatte die IV-Stelle akzeptiert, dass eine 100-prozentige Invalidität erreicht worden sei. Die Versicherungen (die Invalidenversicherung und die Pensionskasse) sprachen ihr Leistungen zu. Über alle Ansprüche P.s sei korrekt entschieden worden, so dass «das Mandatsverhältnis beendet werden» könne, schloss der Vertrauensanwalt seinen Bericht – sieben Jahre waren seit P.s erstem Vorsprechen auf dem VPOD-Sekretariat vergangen. Die letzte Anwaltsrechnung fiel dann doch etwas höher aus als angekündigt.

In unserer Serie «Hier half der VPOD» stellen wir exemplarisch interessante Konfliktfälle vor. Zur Darstellung von juristischen Verfahren – die Rechtshilfeabteilung des VPOD hat schon vielen Mitgliedern zu ihrem Recht verholfen und gibt dafür jährlich über eine halbe Million Franken aus – gesellen sich Berichte über Fälle, bei denen eine sonstige Intervention des VPOD Erfolg brachte.

Der weltweite Temperaturanstieg verlangt nach Anpassungen und neuen Perspektiven

Wo das Klima die Existenz bedroht

Dürren, Fluten und Brände – Folgen des Klimawandels – zerstören die Lebensgrundlagen von Millionen Menschen. Solidar Suisse unterstützt sie dabei, sich anzupassen und neue Perspektiven aufzubauen, von Schulbildung für vertriebene Kinder bis zur eigenen Schafzucht. | Text: *Sébatou Nabaloum und Serafina Häfeli, Solidar*

Safoura Ouermi und ihre Schafe: Die Binnenvertriebene hat sich in Burkina Faso eine neue Existenz aufgebaut.

In Pakistan verstärkt der Klimawandel den Monsunregen. Nach massiven Überschwemmungen, von denen etwa 20 Millionen Menschen betroffen waren, wurde Solidar 2010 hier aktiv. 2022 kamen neuerliche Rekordüberschwemmungen; 33 Millionen wurden heimgesucht. Einen Teil von ihnen unterstützt Solidar noch heute. Auch die Gletscherschmelze im Norden Pakistans hat enorme Konsequenzen. Und die Temperaturen steigen weiter – oft inzwischen auf über 50 Grad. In einem Land, in dem 37 Prozent der Beschäftigten in der Landwirtschaft arbeiten, bedroht das die Lebensgrundlage von Millionen.

Jugendliche gegen Abholzung

Die verheerenden Brände, die 2024 im bolivianischen Amazonasgebiet sowohl Wald als auch landwirtschaftliche Flächen zerstörten, waren eine direkte Folge der starken Abholzung. Die Intensivierung von Bergbau, Viehzucht und Ackerbau sowie die zunehmenden Dürren infolge des Klimawandels beschleunigen den Prozess. Mit dem Projekt Lanzarte, das von der Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit Deza mitfinanziert wird, unterstützt Solidar Jugendliche dabei, ihre Ideen einzubringen, um den Regenwald als Lebensraum zu erhalten und den Klimawandel zu bekämpfen.

«Ich habe die Waldbrände hier in Guarayos hautnah miterlebt. Besonders wütend macht mich, dass die meisten Brände durch Nachlässigkeit oder unverantwortliche Rodungsarbeiten verursacht sind. Deshalb kann ich nicht tatenlos zusehen», sagt Ariana Soliz. Mit Theaterworkshops, Waldspaziergängen und künstlerischen Darbietungen sensibilisiert sie andere Jugendliche dafür, Brände zu verhindern und sorgfältig mit den natürlichen Ressourcen umzugehen. Ausserdem nutzen die Jugendlichen Social Media, um zu zeigen, was in Guarayos passiert, und die Menschen aufzufordern, illegale Brandrodungen zu melden.

Wie alle Länder der Sahelzone ist auch Burkina Faso stark vom Klimawandel betroffen. Dürren, Überschwemmungen und steigende Temperaturen beeinträchtigen die wichtigsten Produktionsbereiche wie Ackerbau, Viehzucht und Fischerei und gefährden die Wasserressourcen. Zudem sieht sich das Land seit 2015 mit einer Sicherheitskrise konfrontiert, die zur Vertreibung vieler Menschen geführt hat. Entscheidend ist, deren Lebensgrundlagen wiederherzustellen. Dazu gehören Ernährungssicherheit, Zugang zu Wasser, Sanitäranlagen, Gesundheitsversorgung, Bildung, Unterkunft und Schutz. Um diesen Bedürfnissen gerecht zu werden, hat Solidar Suisse Massnahmen entwickelt und die Tätigkeit auf mehrere Regionen ausgeweitet.

Gemüse vom eigenen Feld

So verbreitet Solidar nachhaltige Anbaumethoden, die den Verlust der Bodenfruchtbarkeit verhindern und geschädigte Böden wiederherstellen. Um die wirtschaftliche Selbständigkeit von Frauen zu stärken, fördern wir insbesondere ihre landwirtschaftlichen Kleinbetriebe. Safoura Ouermi etwa, die wegen der schwierigen Sicherheitslage in eine andere Provinz fliehen musste, bekam als Starthilfe Schulungen und zwei Schafe. So konnte sie eine kleine Landwirtschaft aufbauen.

Schon sieben Generationen von Schafen seien geboren worden, erzählt sie. 14 Tiere habe sie verkaufen können, was etwa 700 000 CFA-Francs (rund 1000 Schweizer Franken) eingebracht habe. «Mit Gemüse vom eigenen Feld kann ich meine Familie reichhaltiger und abwechslungsreicher ernähren», berichtet sie weiter. «Ausserdem habe ich dank dem Verkauf von Zwiebeln, Salat, Sauerampfer und Okra ein zusätzliches Einkommen.»

Pia Schell, Dolmetscherin, Zürich

Frau im Ohr

Pia Schell ist die Nichte berühmter Schauspielgrössen. Aber nicht deswegen kennt man sie im VPOD, sondern weil sie seit über 40 Jahren in allen Gremien dolmetscht. Vielleicht zum letzten Mal am VPOD-Kongress 2027. | **Text:** *Christoph Schlatter (Foto: Alexander Egger)*

Man hätte dieses Porträt auch unter die Rubrik «Ich trage einen grossen Namen» stellen können: Maria Schell ist eine Tante, Maximilian Schell ein Onkel. Pia Schell aber kennt man im VPOD vor allem als Stimme: Alle, die an Sitzungen und auf Kongressen auf Übersetzung angewiesen sind, haben sie im Ohr. 1984 nahm die Kollegin ihre Arbeit als Dolmetscherin in der frisch gegründeten VPOD-Frauenkommission auf. Damals noch volontierend und teilweise an der Seite einer gewissen Ruth Dreifuss. Dass man als Dolmetscherin eher im Hintergrund bleibt, war mit ein Grund für die Berufswahl – vielleicht gerade wegen des rampenlichtorientierten Herkunftsmilieus.

Seit über 40 Jahren Dolmetscherin in VPOD-Gremien: Pia Schell.

Der letzte Kunde

Für Pia Schell wurde es eine Langzeitbeziehung, der VPOD einer ihrer wichtigsten Auftraggeber. Strukturreformen, Krisen, Kongresse: Sie hat sie alle übersetzt und überlebt. Auch die Wechsel im Generalsekretariat (von Walter Renschler bis Rebekka Wyler) und im Präsidium (von Christiane Brunner bis Christian Dandrès) hat sie mitgemacht. Längst ist ihr der VPOD ein Stück Heimat, auch wenn er sich sehr verändert hat in all den Jahren. Weiblicher ist er geworden, vielfältiger. Vermisst wird allerdings die Geselligkeit früherer Zeiten. Allein schon die Anzahl der Anlässe mit Übernachtung hat sich drastisch reduziert. Aber natürlich trägt auch das Alter dazu bei, dass die Kollegin, Mitglied seit 1985, nicht mehr immer bis 2 Uhr früh am Jasstisch oder auf der Tanzfläche anzutreffen ist.

Es kann gut sein, dass der VPOD auch der letzte Kunde der Pia Schell ist. Der Kongress 2027 wäre jedenfalls ein schönes Finale. Einstweilen macht die Arbeit weiterhin Spass, zumal sie sich aussuchen kann, welche Engagements sie annimmt. Immer gerne auch jene im EU-Parlament. Dafür ist sie mit sechs Sprachen (zusätzlich Englisch, Spanisch, Italienisch und Portugiesisch) gut gerüstet. Die grösste Herausforderung besteht übrigens nicht im Strassburger Plenum, wo aus und in 24 Sprachen übersetzt wird – notfalls über eine oder zwei Relaisstationen. Sondern in den Ausschüssen, wo weniger Idiome zugelassen sind. Dort gibt es manchmal Abgeordnete mit derartigem Akzent, dass auch für die Fachfrau schwer detektierbar ist, ob es sich eventuell um Englisch handeln könnte.

Bilingue aufzuwachsen – am Murtensee und (mit französischer Schule) in Bern – war ein Startvorsprung und insofern nützlich, als Pia Schell im Gegensatz zu vielen Kolleginnen Deutsch/Französisch in beiden Fahrtrichtungen beherrscht. Übrigens: Die Eigenheit des Deutschen, das Verb im abhängigen Nebensatz erst ganz zum Schluss zu liefern, erschwere ihre Arbeit nicht halb so wie oft behauptet. Eine Dolmetscherin folgt den Gedanken der Sprechenden so eng, dass sich das fragliche Tätigkeitswort meist antizipieren lässt. Schwierig ist es eher dort, wo Leute zuvor angefertigte Texte ablesen. Und natürlich sind die Abkürzungen ein Kapitel für sich. Gutes Dolmetschen erfordert daher eine auftraggeberspezifische Vorbereitung. Damit hätte sich vielleicht auch die Fehlübersetzung vermeiden lassen, die einer Kollegin einmal passiert sei. Zu deren Ehrenrettung: Man befand sich damals erst am Anfang der sogenannten Fichenaffäre. Jedenfalls wurde aus «Ich habe meine Fiche angefordert» – akustisch einwandfrei – «J'ai commandé mes poissons».

Das Glück der Tüchtigen

Um den Vorteil, in einem mehrsprachigen Land zu leben, das quasi von selber Aufträge generiert, beneiden sie die Kolleginnen und Kollegen aus Deutschland und Österreich. Auch auf die Wohnlage kann man neidisch sein: 10 Minuten zu Fuss zum Zürcher HB, eine halbe Stunde mit dem Tram zum Flughafen. Kurz: Pia Schell hat viel gearbeitet; das Glück der Tüchtigen kam dazu. Zwar hat sie die Epoche, in der Dolmetscherin noch ein eigentlicher Glamourberuf war, der sich in den Palace-Hotels dieser Welt abspielte, nicht mehr erlebt. Aber sie war auf Dienstreise etwa in Afrika und überhaupt an Orten, wo sie ohne ihren Beruf nicht hingelangt wäre. Und: Sie kann ihre Laufbahn in Würde abschliessen, ehe die KI ihren Beruf zur Unkenntlichkeit entstellt haben wird.

Jetzt neue Mitglieder werben und deine Gewerkschaft stärken!
Als Dank gibt es 50 CHF. Mehr Infos unter:
vpod.ch/mitmachen

vpod ssp

AZB
8036 Zürich, Postfach

«Was passiert eigentlich, wenn die Katze des Nachbarn meinen Kanarienvogel frisst?»

Jetzt Multi Rechtsschutz abschliessen für nur Fr. 138.– für vpod-Mitglieder!

www.vpod.ch

vpod ssp

Impressum

Herausgeber: VPOD

Generalsekretärin: Rebekka Wyler

Redaktion: Christoph Schlatter | *slt*

Sekretariat: Hilde Bigler

VPOD-Zentralsekretariat
Birmensdorferstrasse 67, 8004 Zürich
Postfach, 8036 Zürich
Telefon 044 266 52 52
redaktion@vpod-ssp.ch
www.vpod.ch

Erscheint 8-mal pro Jahr

Satz, Druck und Spedition:
Mattenbach AG, Winterthur

Auflage: rund 15 500 Exemplare

Anzeigenregie:
VPOD-Zentralsekretariat
Birmensdorferstrasse 67, 8036 Zürich
Postfach, Telefon 044 266 52 52
hilde.bigler@vpod-ssp.ch

Platzvorschriften unverbindlich

FSC www.fsc.org
MIX
Papier | Fördert gute Waldnutzung
FSC® C004807

Titelbild: *Sean Pavone/iStockphoto*